

Gymnasium

BADEN - W Ü R T T E M B E R G



Der Philologenverband Baden-Württemberg digital:

- Arbeitnehmerfortbildung als Videokonferenz
- JuPhi-Klausurtagung online
- Cloud-Software und MS 365 an Schulen
- Umfrage zur Gleichberechtigung

Der Philologenverband BW zur Arbeitsbelastung unter Pandemiebedingungen



Editorial [Ralf Scholl]	2
In Vorbereitung: Bodenseetreffen 2021 [Karin Fetzner]	4
Videokonferenz-Fortbildung zu Arbeitnehmerthemen [Ursula Kampf und Beatrix Verse]	4
JuPhi-Klausur zum Schuljahresbeginn [Martina Scherer]	5
PhV BW zur Verwendung von Cloud-Software und Microsoft 365 an Schulen [Cord Santelmann]	6
Aktuelles aus dem HPR [Jörg Sobora]	9
Aktuelles aus dem HPR asB [Michael Beitz]	10
Interview: Von Materialschlacht bis Schönschreibübung [Bettina Hölcher]	11
Thema aktuell: CDU	13
Mitbestimmung an Schulen in Zeiten von Corona [Edelgard Jauch]	14
Landespressekonferenz: PhV BW mahnt dringenden Handlungsbedarf an [Cord Santelmann]	15
Umfrage: Stimmungsbild zur Frage der 'Chancengleichheit' [Claudia Grimm]	17
Mehr Zeit für Bildung - PhV-G9-Konzeption [Andrea Plitz und Stefanie Wölz]	19
Wie fühlt es sich an, wenn man von der Quarantäne im Schulalltag eingeholt wird? [Martina Scherer]	22
Über den Tellerrand geblickt - Die RBV [Anne Kiehn]	23

Titelfoto: Droste-Hülshoff-Gymnasium Rottweil (Foto: Lennart Hensle)

IMPRESSUM

Die Zeitung »Gymnasium Baden-Württemberg« erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für Mitglieder des PhV ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Einzelheft »Gymnasium Baden-Württemberg« (inkl. der DPhV-Zeitschrift »Profil«) beträgt 3,- Euro und für ein Jahresabonnement 18,- Euro zuzüglich Versandkosten. Der Betrag wird durch Vorauszahlung jeweils im Dezember erhoben.

Redaktion:

Schriftleiter:
Enver Groß [E.G.] | enver.gross@phv-bw.de
Ziegelstraße 14 | 88214 Ravensburg

Redaktionsteam:

Sabine Grobe [S.G.] | Helmut Hauser [H.H.] |
Bettina Hölcher [HL] | Edelgard Jauch [E.J.] |
Anne Käbbohrer [A.K.] | Evelyn Kapahnke [E.K.] |
Richard Zöller [R.Z.]

Herausgeber:

Philologenverband Baden-Württemberg
Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart
Tel.: 07 11 / 2 39 62 50 | Fax: 07 11 / 2 39 62 77
info@phv-bw.de | www.phv-bw.de

Verlag & Anzeigenverwaltung:

Pädagogik & Hochschul Verlag
dphv-verlagsgesellschaft mbh
Graf-Adolf-Straße 84 | 40210 Düsseldorf
Tel.: 02 11 / 3 55 81 04 | Fax: 02 11 / 3 55 80 95
dassow@dphv-verlag.de | www.dphv-verlag.de

Redaktionsschluss:

Januar-Februar-Ausgabe: 28. Dezember 2020,
März-April-Ausgabe: 8. März 2021.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen (ohne Rückporto keine Rücksendung). Alle Manuskripte sind an die Redaktion zu senden, nicht an den Verlag!

Erscheinungstermin: sechsmal jährlich nach Terminplan. Bestellungen, Umbestellungen und Reklamationen bitte direkt an die Geschäftsstelle des Philologenverbandes Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart.

Liebe Leserinnen und Leser,

seit einem halben Jahr beginnt jedes Editorial mit 'Corona', und ein Ende ist nicht in Sicht.

Wie gern hätten wir alle Planungssicherheit für 2021!

Diese ist jedoch nicht in Sicht, geht es den deutschen Kultusministern momentan doch immer noch darum, die Schulen um jeden Preis offen zu halten, im Zweifel auch auf Kosten der Gesundheit von Lehrkräften und Schülern.

Verantwortliches Handeln sieht angesichts von Corona-Inzidenzen von 100 bis 250, einer schnell ansteigenden Krankenhausauslastung und zunehmender Todesfälle anders aus!

Vorausschauend wäre es, die Schulen **so ansteckungsfrei wie möglich** zu machen, um sie dauerhaft **so lange wie möglich offen** halten zu können. Die Zeit von Mai bis Oktober wurde dafür leider nicht genutzt. Und jetzt? – Teillockdown mit geschlossenen Restaurants. Maßnahmen an den Schulen jedoch, welche über ein häufiges Lüften hinausgehen, werden als überflüssig betrachtet?

Raumluftreiniger

Der Philologenverband Baden-Württemberg fordert seit Ende August, alle Klassen- und Fachräume, Sport- und Schwimmhallen mit Raumluftreinigern auszurüsten und bis zu dem Zeitpunkt, an dem sie tatsächlich zur Verfügung stehen, auf ein »rollierendes System« mit halben Klassen umzuschalten, sobald die 7-Tages-Inzidenz den Wert von 50 überschreitet, so, wie das RKI das empfiehlt.

Von der Kultusministerkonferenz (KMK) gibt es bislang nur verharmlosende Stellungnahmen zur Zahl der Infektionen an Schulen. Anschaffung und Einsatz von Raumluftreinigern werden von der KMK mit Verweis auf ein zweifelhaftes 'Gutachten' des Bundesumweltamtes abgelehnt. Eine fundierte fachliche Stellungnahme, sprich: einen totalen Verriss dieses Gutachtens finden Sie unter



Ralf Scholl
ist Landesvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg

https://www.unibw.de/lrt7/kommentar_zum_uba_konzept_lueften_in_schulen.pdf.

Die mangelnde Expertise des Umweltbundesamtes (UBA) in dieser Frage und der Unwillen der Kultusministerkonferenz, diesbezüglich tätig zu werden, gehen Hand in Hand.

Pikanterweise wurden sowohl für das Staatsministerium wie für den Landtag in Baden-Württemberg solche Geräte bereits im September angeschafft!

Unsere Landesregierung ignoriert bislang ihre gesetzliche Fürsorgepflicht gegenüber Schülern und Lehrkräften, um die notwendigen 300 Millionen Euro für Raumluftreiniger nicht in die Hand nehmen zu müssen. Die bisher in Baden-Württemberg insgesamt für Corona-Maßnahmen ausgegebenen 8,9 Milliarden sind natürlich viel Geld.

Für über 1,6 Millionen Schüler und Lehrkräfte im Land, rund 15 Prozent der Bevölkerung, sind dann keine 300 Millionen mehr da? Dass die Landesregierung sich angesichts der Kosten einfach weigert, eine langfristig tragfähige Lösung für die Schulen und Kitas in Angriff zu nehmen, ist eine Schande! Wie lange sollen Schulen und Kitas eigentlich die einzigen öffentlichen Einrichtungen bleiben, in denen eklatant und dauerhaft gegen die AHA-Regeln verstoßen wird? Bis zur dadurch notwendig werdenden Komplettschließung?

Rollierendes System

Genau das ist auch der Grund, warum der Philologenverband Baden-Württemberg bei Inzidenzen größer 50 bis zur Einführung der Raumluftreiniger ein »rollierendes System« fordert. So könnten wir die Schulen offen halten.

Und wenn der Philologenverband Baden-Württemberg Unterricht mit halben Klassen im Wechsel fordert, dann ist damit Folgendes gemeint: Die eine Hälfte der Klasse ist in Präsenz, wird konzentriert beschult und erhält für die Heimlernphase Aufgaben, die dann erst in der nächsten Präsenz besprochen werden.

Für die Klassen-Hälfte in der Heimlern-Phase gibt es keine Fernbetreuung, keinen Telefonkontakt und kein Einreichen von Lösungen, denn das ist für die Lehrkräfte nicht leistbar! Die zweite Hälfte der Klasse wird gegengleich beschult. In welchem Rhythmus dies umgesetzt wird, ist den einzelnen Schulen überlassen und von den örtlichen Gegebenheiten abhängig.

In der Heimlernphase können dann zum Beispiel auch Dreiergruppen von Schülern (jeweils ein sehr guter, ein mittlerer und ein schwacher Schüler) mit dem Auftrag gebildet werden, dass der schwächste Schüler der Gruppe dann in Präsenz das Ergebnis vorträgt. Aufgabe der beiden anderen Schüler wäre es, diesen Schwächsten genau dazu in die Lage zu versetzen. Das sorgt für intensive Zusammenarbeit in der Gruppe, nicht das häufige **Team-work**: »Toll, ein anderer macht's«. – Durch diese organisierte Zusammenarbeit zwischen den Schülern könnte es auch gelingen, in der Fernlernzeit fast niemanden zu 'verlieren', vorausgesetzt die digitale Grundausstattung ermöglicht mittlerweile diese Zusammenarbeit.

Corona-Fälle an Schulen

Die vom Kultusministerium veröffentlichten Statistiken über 'Corona-Fälle an Schulen' werden übrigens mit einem netten Trick geschönt: Die rund 4500 Grundschulen, von denen bisher maximal 90 gleichzeitig betroffen waren (2 Prozent), werden bei der Gesamtzahl von Fällen und Schulen immer mitgezählt.

Es hört sich ja auch viel besser an, wenn man sagen kann, dass es an 390 von 6500 Schulen Coronafälle gab (6 Prozent), als zugeben zu müssen, dass dies an 300 von 2000 weiterführenden

Schulen, also an 15 Prozent der Fall war.

Da die Gesundheitsämter bei der Rückverfolgung der Kontaktpersonen nicht mehr hinterherkommen, wurden mittlerweile die notwendigen Maßnahmen reduziert: Seit Einführung der Maskenpflicht im Unterricht wird bei einem positiven Test nicht mehr die ganze Klasse in Quarantäne geschickt, sondern bestenfalls noch die unmittelbaren Sitznachbarn. Die Hygienekonzepte der Schulen funktionieren ja auch immer perfekt.

Abgemeldete Schüler

Dauerhaft aus dem Präsenzunterricht abgemeldete Schüler sollen von Tutoren betreut werden. Ein Konzept, das für das Gymnasium mit seinem Fächerprinzip völlig ungeeignet ist, zumal es bei uns praktisch keine Lehrkräfte gibt, die nicht schon im Unterricht eingesetzt werden.

Da der Fernunterricht dieser Schüler vom Kultusministerium als 'Unterricht' definiert ist, rät der Philologenverband Baden-Württemberg jeder betroffenen Lehrkraft, sich an ihren Örtlichen Personalrat zu wenden: Der ÖPR kann der Anordnung widersprechen, dass Kolleginnen und Kollegen diese Schüler parallel zu ihrem Unterricht betreuen sollen. Hier handelt es sich ganz klar um die Anordnung einer langfristigen Mehrarbeit, bei der der ÖPR in der uneingeschränkten Mitbestimmung ist.

Liebe Personalräte, geben Sie diese Fälle (ÖPR und Schulleitung gemeinsam) in die Stufe, also an das RP und den BPR weiter! Von dort geht es dann an den HPR und das Kultusministerium. Genau dort gehört das hin, denn die Schulleitungen und Lehrkräfte werden in dieser Frage von der gesamten Schulverwaltung schlicht im Stich gelassen!

ÖPR-Wahl am ZSL

Die ÖPR-Wahl am ZSL findet nun am 14. und 15. Dezember statt. Koordiniert vom Philologenverband Baden-Württemberg haben die Lehrerverbände im Beamtenbund wieder eine gemeinsame BBW-Liste aufgestellt. Sie umfasst 38 Kandidatinnen und Kandidaten, davon 15 des Philologenverbandes Baden-Württemberg. Wir dürfen gespannt sein, wie sich die insgesamt 25 Sitze im ÖPR dann auf die vier bis sechs Wahlvorschläge verteilen.

In eine Aufzählung der Probleme am ZSL möchte ich hier im Rahmen des Editorials nicht einsteigen. Das würde den Rahmen sprengen. Für den ÖPR gibt es jedenfalls sehr viel zu tun.

Internationale Lehrerausweise

Ihre PhV-Mitgliedsausweise, die zugleich als internationale Lehrerausweise dienen, sollten Sie als aktive Mitglieder entweder in den nächsten Tagen erhalten oder über Ihren Schulvertreter schon bekommen haben. Unsere Senioren haben einen Ausweis des Seniorenverbands erhalten.

Ich wünsche Ihnen trotz der herausfordernden Zeiten, in denen wir leben, ein besinnliches Weihnachtsfest! Je nach aktueller Corona-Situation ggf. auch nur im engsten Familienkreis.

Erholen Sie sich gut und rutschen Sie gut und vor allem gesund ins neue Jahr!

Ihr 

Ralf Scholl
Vorsitzender PhV BW

*Der Philologenverband Baden-Württemberg
wünscht seinen Leserinnen und Lesern
eine besinnliche Weihnachtszeit,
einen guten und vor allem gesunden
Übergang ins neue Jahr
und erholsame Ferien.
Bleiben Sie gesund!*

Bodenseetreffen 2021

Das Jubiläums-Bodenseetreffen (sechzig Jahre) musste 2020 coronabedingt leider ausfallen, aber jede solche Veranstaltung benötigt einen Planungsvorlauf von einem Jahr. Daher trafen sich die Vorsitzenden der beteiligten Gymnasiallehrerverbände aus Baden-Württemberg, Bayern, Österreich und der Schweiz (PhV BW, bpv, ÖPU, VSG – SSPES – SSIS) am 2. und 3. Oktober 2020 in Singen, dem nächsten Veranstaltungsort. Die dortige Stadthalle mit direkt angegliedertem Hotel bietet sich für das nächste **Bodenseetreffen am 25./26. September 2021** an. Ein im Laufe der Vorbereitungssitzung durchgeführter Besuch auf dem Hohentwiel mit wunderbarem Blick auf den Bodensee und die Alpen hat alle Teilnehmer begeistert und wurde gleich als Teil des Kulturprogramms im nächsten Jahr festgehalten.

Nach jetziger Planung wird es 2021 drei Vorträge mit sehr spannenden Inhalten und interessanten Rednern und Rednerinnen geben. Neben dem Kulturangebot wird auch wieder das traditionelle gemeinsame Abendessen am Samstagabend mit viel Gelegenheit zum gegenseitigen internationalen Austausch stattfinden.

Als Neuerung wurde die Möglichkeit diskutiert, sich nach vorheriger Anmeldung auch digital von zu Hause bei den Vorträgen zuschalten zu können. Wir werden das prüfen. Zum einen, weil heute noch niemand wissen kann, wie sich die Pandemie weiter entwickeln wird, zum anderen, weil die zwei Hemmschwellen, die manchmal von einer Teilnahme abhalten (Zeit und Kosten), damit größtenteils wegfallen können.

Ein weiteres Thema beim Vortreffen war der Umgang mit Corona in der Schulpraxis in den verschiedenen Ländern. Die teilweise unterschiedlichen, in vielen Punkten aber doch gleichartigen Erfahrungen werden in die Thematik der Tagung mit einfließen.

Das Programm des Bodenseetreffens 2021 erscheint im Frühjahr auf der Webseite www.bodenseetreffen.eu/.

Karin Fetzner

Videokonferenz-Fortbildung zu Arbeitnehmerthemen des PhV

Coronabedingt führte der Philologenverband Nordwürttemberg (PhV NW) erstmals seine bewährte Herbst-Fortbildung zu Arbeitnehmerthemen in einem neuen Format durch. In einer Videokonferenz informierten die stellvertretende Vorsitzende Ursula Kampf und die Beisitzerin Beatrix Verse am 2. Oktober 2020 über den Themenbereich 'Beschäftigungsende – Renteneintritt'. Um auch auf Rückfragen eingehen zu können, war der Kreis der Teilnehmenden auf zehn begrenzt. Für weitere Interessierte wurde bzw. wird die Fortbildung nochmals am 13. November 2020 und am 15. Januar 2021 durchgeführt.

Zuerst gab Beatrix Verse einen Überblick über die für die Fortbildungsteilnehmer relevanten Aspekte des Themas 'Arbeitnehmerlehrkräfte gehen in Rente – und das sollte man wissen'. Wichtig sind die Regularien des Tarifvertrages öffentlicher Dienst – Länder (TV-L) und des öffentlichen Rentensystems. Es bedarf der frühzeitigen Beratung und der rechtzeitigen Beantragung, um einen nahtlosen Übergang in den Ruhestand zu gewähren. Auf diese Notwendigkeit sollten die PhV-Schulvertreterinnen und Schulvertreter hinweisen – im günstigsten Fall auch ÖPR-Mitglieder.

Der Tarifvertrag TV-L sieht drei verschiedene Ausstiegsszenarien für den Eintritt in den Ruhestand vor: am Schul[half]jahrsende nach Erreichen der Regelaltersrentengrenze oder durch Kündigung oder durch Auflösungsvertrag zu einem gewünschten Zeitpunkt. Eine Schwerbehinderung kann eine gesonderte Altersrente mit spezifischer Altersgrenze ermöglichen. Beleuchtet wurden die Zusatzverdienstmöglichkeiten für Rentner und wie ggf. eine Verlängerung des regulären Arbeitsvertrags beantragt werden kann. Zahlreiche Fallbeispiele verdeutlichten dieses breite Themenspektrum.



von Ursula Kampf
Vorsitzende AK Arbeitnehmer und
Tarifbeauftragte des PhV BW



und Beatrix Verse
Beisitzerin

Ursula Kampf erläuterte die besonderen Möglichkeiten für schwerbehinderte Lehrkräfte im Arbeitnehmerverhältnis an staatlichen Schulen in Baden-Württemberg, die der erst kürzlich verlängerte Tarifvertrag Altersteilzeit bietet. Er hilft, die letzten Arbeitsjahre gesundheitsförderlich zu gestalten und zum Beispiel mittels des sogenannten Blockmodells in Verbindung mit der besonderen Altersgrenze für die Schwerbehinderten-Altersrente de facto früher mit der Arbeit aufhören zu können. Ihre Darlegung der juristischen Fachbegriffe vertiefte die vorhergehenden Ausführungen zu den verschiedenen Rentenarten und arbeitsrechtlichen Möglichkeiten, in den Ruhestand einzutreten.

Eine Teilnehmerstimme: »Seit einiger Zeit gehört ein jährlicher Arbeitnehmer-Workshop bei Ursula Kampf zu meinem Pflichtprogramm als ÖPR, zumal Arbeitnehmerfragen in vielfältiger Weise unsere Arbeit im ÖPR seit Jahren begleiten. Und wieder erhielten wir eine gehörige 'Dosis' an Information – diesmal 'hoch 2': Vielen Dank auch an Beatrix Verse!«

JuPhi Klausur zum Schuljahresbeginn

Martina Scherer und ihre Stellvertreter luden zu Beginn des neuen Schuljahres zu einer Webkonferenz der Jungen Philologen ein. Aufgrund der Pandemie wählte man am Anfang des neuen Schuljahres den virussicheren digitalen Weg. Die Belastung der Kolleginnen und Kollegen durch die Hygienevorschriften an den Schulen, deren Umsetzung oft kaum möglich ist, ist hoch genug. Daher wollte man nicht noch ein weiteres Risiko eingehen und eine Durchmischung der Schulen und Bezirke vermeiden, analog zu der Verordnung an den Schulen.

Damit ist gleich das Thema »auf dem Tapet«, das den größten Rede- und Diskussionsbedarf der Tagung einnahm: die aktuelle Situation und die Umsetzung der Hygiene-/Corona-Verordnung des Landes. Die jungen Kollegen sehen bei den folgenden Punkten die größten Schwierigkeiten und Herausforderungen:

- In den Lehrerzimmern werden nicht immer Masken getragen; der Abstand ist sowieso nicht einhaltbar, da die Räume zu klein sind für alle; die Kollegen haben keinen eigenen Platz mehr, um sich zu sortieren.
- Im Sportunterricht ist kein Schutz möglich, außer man macht im Freien Ausdauersport, was zu Beschwerden der Eltern führen würde; Sporthallen haben keine Fenster zum Lüften.
- Zum Lüften müssen Fenster **und** Türen offen bleiben, um einen Durchzug zu erzeugen; so hat man eine permanente Lärmkulisse von draußen.
- Mehrarbeit und Belastung durch Aufsichten bzw. den gestaffelten Alltag: Oft müssen Aufsicht führende Lehrkräfte fünfzehn Minuten vor Beginn des Unterrichts anwesend sein; Pausen werden gemeinsam mit den Klassen verbracht.
- Busaufsicht (laut Verordnung des Kultusministeriums) und die dortige Maskenpflicht führen regelmäßig zu Unenigigkeit und Unmut zwischen Schülern und Lehrkräften.
- Wer ist für das Desinfizieren in den Klassenzimmern beim Raumwechsel zuständig, vor allem in Fachräumen? Unterrichtszeit geht dadurch verloren.

Viele junge Kolleginnen und Kollegen hätten sich am Anfang des Schuljahres für eine mindestens vierzehntägige Maskenpflicht im Unterricht ausgesprochen, um die ersten Fälle zu verhindern. Auch ein rollierendes System zu Beginn des Schuljahres wäre eine Idee gewesen, die jedoch an verantwortlicher Stelle nicht in Betracht gezogen wurde.

Nach einem Landesbericht, bei dem es unter anderem um die Sitzung bei der Beamtenbundjugend (*siehe Bericht in Gymnasium Baden-Württemberg 9-10/2020*), die Erstellung der Wahlprüfsteine der JuPhi, die Umsetzung und Weitergabe des 10-Punkte-Plans der JuPhi an die Parteien, die digitale Konferenz der JuPhi auf Bundesebene und die Vorstellung des JuPhi-Instagram-Accounts ging, ging es weiter zu den Berichten aus den Bezirken.

Die Pandemie hat die Verbandsarbeit immer noch fest im Griff. In fast allen Bezirken wurden und werden Groß-



>> Die JuPhi bei ihrer digitalen Klausur

veranstaltungen abgesagt und in das kommende Jahr (2021) verlegt. Die Sorge, im schlimmsten Fall verantwortlich zu sein für eine 'Super-Spreader'-Veranstaltung, wiegt schwer auf den Schultern der Verantwortlichen, zu Recht. Wenn es nicht notwendig ist, sollte man keine Risiken eingehen.

Wie und ob die neuen Referendare und Referendarinnen in einer großen Veranstaltung im Januar begrüßt werden, bleibt spannend. Die JuPhi versuchen, mit ihrer Arbeit an kleinen Videos zur Veröffentlichung auf der Homepage voranzukommen, die dann auch dort vielleicht zum Einsatz kommen könnten.

Ebenfalls soll die Reihe 'Die JuPhi testen' im Heft für die Mitglieder weitergeführt werden, um so den Mitgliedern die Dienstleistungen des Philologenverbandes, wie zum Beispiel die dbb Vorteilswelt, nahezubringen, da sich dort viele Vorteile für die PhV-Mitglieder verstecken. Aus diesem Grund gab es im Rahmen der Tagung einen Vortrag eines Vertreters der dbb Vorteilswelt, dem Kooperationspartner des Philologenverbandes.

Im Frühjahr wird die nächste JuPhi-Klausur am Freitag, dem 5. Februar 2021, von 17:00 bis 20:00 Uhr digital oder am Samstag, dem 6. Februar 2021, als Präsenzveranstaltung in der Landesgeschäftsstelle in Stuttgart stattfinden.

Die Einladung erfolgt per Mail, über den Newsletter, über die Homepage oder unseren Instagram-Account; die Anmeldung bleibt im internen Bereich der Homepage.

Wir suchen Dich! Sei dabei!

Folge uns auf Instagram: [juph_bw](#)

Sei Teil unserer Threema Gruppe und melde Dich an bei: martina.scherer@phv-bw.de

Martina Scherer

Streit um Cloud-Software an Schulen:

Philologenverband BW zur Verwendung von Cloud-Software und Microsoft 365 an Schulen

Positionen, Fragen und Antworten



von Cord Santelmann
Referent für IT/Medien im Landesvorstand
des Philologenverbandes Baden-Württemberg

Der Philologenverband Baden-Württemberg hat öffentlich Kritik am geplanten Einsatz der Bürosoftware MS 365 (früher: 'MS Office 365') geäußert. Dazu erreichen den Verband viele positive, aber auch kritische Rückmeldungen von Lehrkräften und Schulleitungen. Zuweilen wird der Vorwurf geäußert, der Verband behindere mit seiner Kritik am Einsatz von MS 365 ohne Not die ohnehin schon schwierige Arbeit der Schulen in der Pandemie-Situation und beim digitalen Fernunterricht. Dieser Beitrag soll deshalb die Verbandsposition erläutern und auf häufig gestellte Fragen eingehen.

Positionspapier des PhV BW zu MS 365 und Cloud-basierter Software an Schulen

Zunächst der Hinweis auf das vom Landesvorstand des PhV BW Anfang September 2020 intensiv diskutierte und schließlich einstimmig verabschiedete PhV-Positionspapier zur Nutzung von MS 365 bzw. Cloud-basierter Software an Schulen, das hier zu finden ist: <https://kurzelinks.de/syj9>. Aus dem Positionspapier geht hervor, dass es dem Verband nicht nur um datenschutzrechtliche Bedenken, sondern insgesamt um drei wichtige Themen geht: **Datenschutz, Emanzipatorische Medienbildung, Digitale Souveränität**. Das Positionspapier macht die Kritik des Philologenverbandes Baden-Württemberg hoffentlich nachvollziehbar. Differenzierte Positionen des Philologenverbandes Baden-Württemberg zum allgemeineren Thema 'Digitalisierung und Schule' finden sich in einem früheren Positionspapier, das unter <https://kurzelinks.de/s3nw> zu finden ist. Zur Erläuterung weiter unten Antworten auf häufig gestellte Fragen.

Fragen und Antworten zur Position des PhV BW

- **Kritisiert der Philologenverband Baden-Württemberg den Einsatz von MS 365 an Schulen, weil er zu konservativ, technik- und fortschrittsfeindlich ist und von Datenschutz und Digitalisierung keine Ahnung hat?**
Der Philologenverband Baden-Württemberg ist mit seiner Kritik am Einsatz von MS 365 nicht allein: Der **Landesbeauftragte für den Datenschutz** hat sich erst nach monatelangen Verhandlungen mit dem Kultusministerium dazu durchringen können, einem ersten Pilotprojekt von MS 365 an zwanzig bis dreißig beruflichen Schulen zuzustimmen, und er hat weiterhin gravierende Bedenken, siehe <https://kurzelinks.de/48u0>.

Auch der baden-württembergische **Verband der Informatiklehrerinnen und Informatiklehrer ILLBW** und der **Verband zur Förderung des MINT-Unterrichts MNU** unterstützen die kritische Haltung des Philologenverbandes Baden-Württemberg. Die entsprechende Stellungnahme des MNU findet sich hier: <https://kurzelinks.de/o9w3>. Die Stellungnahme des Informatiklehrerverbands ILLBW zum Einsatz von MS 365 an Schulen ist hier zugänglich: <https://kurzelinks.de/bcqr>. Eine Bestandsaufnahme des ILLBW, was mit Open Source in Baden-Württemberg derzeit möglich ist und wo noch Handlungsbedarf besteht, findet sich hier: <https://kurzelinks.de/mjvw>.

Informatiklehrerverband und MNU wird man keine Unkenntnis in Fragen der Digitalisierung oder Technikfeindlichkeit unterstellen – dem Philologenverband Baden-Württemberg sollte man das also auch nicht. Im Übrigen unterstützen auch die Jungen Philologen im Philologenverband Baden-Württemberg diese Positionierung, siehe <https://www.phv-bw.de/p/>.
- **Warum behindert der PhV BW den Einsatz von MS 365, obwohl die Schulen im Rahmen des digitalen Fernunterrichts zwingend darauf angewiesen sind?**
Wenn es keine Alternative zur Verwendung von MS 365 gäbe, könnte man die genannten Bedenken vielleicht zurückstellen. Es gibt mit **LibreOffice** aber eine funktionale und datenschutzkonforme Bürosoftware, die Schulen alternativ nutzen können. Die übrige Funktionalität von MS 365 kann im Großen und Ganzen mit OpenSource-Software wie der Lernplattform **Moodle**, dem Video-Konferenzsystem **Big Blue Button**, dem Mailprogramm **Thunderbird** und Messengern wie **Mattermost** oder **Threema** abgedeckt werden. An vielen Schulen wird der



digitale Fernunterricht mit diesen Lösungen gut gemeistert. Insbesondere für Moodle gibt es auch seit vielen Jahren baden-württembergische Musterlösungen und Fortbildungsangebote für Schulen.

Das Kultusministerium hat im ersten Halbjahr 2020 große Anstrengungen unternommen, um allen Schulen die genannten OpenSource-Lösungen zugänglich zu machen, siehe hier zu Big Blue Button: <https://kurzelinks.de/wodd>, hier zu Threema: <https://kurzelinks.de/9wts> und hier zu Moodle: <https://kurzelinks.de/3bzg>.

Wo es mit Open Source-Software wie Big Blue Button oder Moodle Probleme gibt, hängt das meist mit unzureichender Serverleistung oder der Internetbandbreite der Schule zusammen. Hier fordert der Philologenverband Baden-Württemberg seit Langem notwendige Investitionen in die Infrastruktur. Die Mittel des Digitalpakts sorgen hoffentlich rasch für Abhilfe.

- **MS 365 ist der Quasi-Standard für Bürosoftware in der Wirtschaft. Sollten die Schulen deshalb nicht auch MS 365 nutzen, damit der Dateiaustausch mit den außerschulischen Partnern problemlos funktioniert?**

Wenn es um den Austausch von Textdokumenten geht, sind LibreOffice und MS 365 inzwischen weitgehend kompatibel, solange die Dokumente nicht sehr komplex formatiert sind.

Wenn man sichergehen möchte, dass außerschulische Partner schulische Dateien öffnen und layoutgetreu anzeigen und ausdrucken können, kann man PDF-Dokumente verwenden, die aus jeder LibreOffice Anwendung heraus mit einem einfachen Klick erzeugt werden können. Auch außerschulische Partner, die sichergehen wollen, dass zum Beispiel eine Präsentation auf schulischen Geräten angezeigt werden kann, auf denen kein MS 365 installiert ist, können das PDF-Format nutzen, denn auch mit MS Office-Anwendungen kann man inzwischen Dateien im PDF-Format abspeichern.

Nicht kompatibel mit LibreOffice sind allerdings MS 365-Dateien, die selbst programmierte Makros oder multimediale Elemente enthalten, zum Beispiel Präsentationen mit Audio- oder Video-Inhalten, oder in manchen Fällen komplex formatierte Dokumente. Wenn man solche Dokumente im PDF-Format abspeichert, bleibt zwar das Layout erhalten, die Makro- oder Multimedia-Funktionalität geht aber verloren.

Das zeigt aber gerade auch ein weiteres Problem bei der Nutzung von MS 365: Es handelt sich um eine Software, deren Produktpolitik auf programmierter Inkompatibilität zu anderer Software und der Vernachlässigung offener Dateiformate beruht. Das führt zum so-

nannten Locked-In-Effekt: Wer einmal eine längere Zeit mit MS-Software gearbeitet und eine größere Zahl von Dateien erstellt hat, hat aufgrund der eben beschriebenen eingeschränkten Kompatibilität mit anderer Software große Hemmungen, aus welchen Gründen auch immer (Datenschutz, Digitale Souveränität) zu freier Software zu wechseln, die ihrerseits – wie LibreOffice – offene Dateiformate verwendet. Siehe auch hier: <https://de.wikipedia.org/wiki/Lock-in-Effekt>.

MS 365 schränkt also die Wahlfreiheit der Nutzer systematisch ein. In der Schule wollen wir Schülern aber nicht Wahlfreiheit nehmen, sondern ermöglichen. Deshalb sollten wir Schüler im Sinne **emanzipatorischer Medienbildung** nicht ohne Not im Sinne des Locked-In-Effekts in den 'goldenen MS-Käfig' sperren.

- **Die Schulen brauchen eine professionelle und zukunftssichere Bürosoftware: Ist das kein guter Grund für Schulen, die am weitesten verbreitete Office-Software MS 365 zu nutzen?**

MS 365 ist im Kern eine **Cloud-Software**. Wesentliche Funktionen von MS 365 hängen deshalb von der Cloud, d. h. den Internet-Servern der Firma Microsoft, die sich in den USA oder in Europa befinden, ab. Die erhoffte Zukunftssicherheit von MS 365 könnte sich deshalb unverhofft als Trugschluss erweisen, falls ein US-amerikanischer Präsident auf die Idee kommen sollte, Deutschland von US-Cloud-Produkten auszuschließen, um politischen Druck zu erzeugen. Das hört sich zunächst absurd an, ist aber seit dem Wirtschaftskrieg zwischen den USA, China und Europa, dem US-Verbot der Nutzung von Google-Software durch die chinesische Firma Huawei usw. nicht mehr ganz so absurd, wie man meinen könnte. Ganz zu schweigen von regionalen oder überregionalen Internet-Ausfällen, zum Beispiel durch Unfälle mit Internet-Unterseekabeln oder internationale Konflikte.

Hier geht es um die sogenannte **'Digitale Souveränität'**: die Sicherheit, selbst dauerhaft und souverän über eine Software verfügen zu können. Diese Digitale Souveränität ist bei MS 365 augenscheinlich nicht gegeben. Deshalb – nicht nur wegen der Datenschutzproblematik – versucht der Deutsche Bundestag intensiv, die eigene Abhängigkeit von MS 365 zu reduzieren, vgl. <https://kurzelinks.de/jurc>.

Die Zukunftssicherheit von MS 365 ist auch insofern prekär, als es inzwischen eine Diskussion von Datenschützern in Deutschland über die Frage gibt, ob diese Software – da kaum rechtskonform einsetzbar – nicht generell verboten werden sollte, siehe hier: <https://kurzelinks.de/h8w8>.

Insofern ist jede Schule – und auch jede Einzelperson – gut beraten, sich mit der Frage der eigenen Abhängigkeit von MS 365 zu beschäftigen und einen Plan B für den Fall zu entwickeln, dass MS 365 von einem Tag auf den anderen nicht mehr – oder nur noch eingeschränkt – eingesetzt werden kann und die mit MS 365 in der MS-Cloud abgelegten Dokumente, Mails, Adressen usw. nicht mehr zugänglich sind. >>

- **Warum sollten sich Lehrer und Schüler umständlich in die Bedienung heterogener Open-Source-Lösungen einarbeiten, wenn der Industriestandard doch MS 365 ist, das alle notwendigen Programme in einer modernen, einheitlichen und benutzerfreundlichen Oberfläche vereint?**

LibreOffice vereint professionelle Bürosoftware (Textverarbeitung, Tabellenkalkulation, Präsentationssoftware und Vektorgrafikbearbeitung) unter einer einheitlichen, modernen Benutzeroberfläche. Auch das Video-Konferenzwerkzeug **Big Blue Button** hat eine intuitiv zu bedienende Oberfläche. Die Bedienung der Lernplattform **Moodle** ist allerdings nicht ganz so intuitiv und erfordert durchaus Einarbeitung und Schulung der Lehrkräfte. Hierfür gibt es seit Jahren Fortbildungsangebote und Hilfestellungen. An meiner Schule, dem Karl-von-Frisch-Gymnasium Dußlingen, wird der digitale Fernunterricht mit Moodle, LibreOffice und Big Blue Button nach einer anfänglich etwas steilen Lernkurve inzwischen sehr gut bewältigt.

- **Die Eltern wollen doch auch, dass die Schüler moderne Bürosoftware wie MS 365 nutzen – warum sollten wir diesem Wunsch dann nicht entsprechen?**

Was 'die Eltern' wollen, wissen wir nicht bzw. könnten wir nur durch eine Umfrage erfahren, die es bisher nicht gibt. Die organisierte Elternschaft in Baden-Württemberg in Form des LEB (Landeselternbeirat) und der ARGEn (Arbeitsgemeinschaften der gymnasialen Elternbeiräte in den Regierungspräsidien) teilt jedenfalls die Positionen des Philologenverbandes Baden-Württemberg zu MS 365, wie unsere gemeinsame Landespressekonferenz gezeigt hat, siehe hier: <https://kurzelinks.de/ze10> bzw. hier: <https://kurzelinks.de/synk>.

- **Welche Schülerdaten werden denn überhaupt durch MS 365 konkret gefährdet? Welcher Geheimdienst interessiert sich schon für die Aufsätze unserer Schüler? Wo liegt da der konkrete Schaden, der Schülern entstehen könnte? Wenn das Kultusministerium eine einigermaßen datenschutzkonforme Lizenz mit Microsoft aushandelt, dann ist das doch völlig ausreichend!**

Beim Thema Datenschutz geht es nicht um den Nachweis konkreter Nachteile oder Schäden für einzelne Schüler (was wegen der intransparenten bzw. verschlüsselten Datenübermittlung der MS-Software sowieso wahrscheinlich de facto unmöglich zu leisten ist), sondern ums **Legalitätsprinzip**: Eine nicht rechtskonforme Software darf an Schulen nicht eingesetzt werden. Zumal nicht von Lehrkräften, die einen Dienst Eid geschworen haben, in dem sie die Achtung vor Recht und Gesetz gelobt haben, und die eine Vorbildfunktion gegenüber den ihnen schutzbefohlenen Schülern haben. Folgender Vergleich hinkt sicher (wie alle Vergleiche), aber er macht das Problem vielleicht anschaulicher: Wir machen den Schutz des Eigentums auch nicht von der Frage abhängig, welchen konkreten Schaden eine Supermarktkette davon hat, wenn wir einen Schokoriegel an der Kasse vorbeismuggeln.

Die Schule kann den Datenschutz jedenfalls nicht nach Bedarf im Einzelfall aus Gründen der Pragmatik ganz oder teilweise aussetzen. Wir wollen vor Gericht ja auch nicht 'einigermaßen' rechtskonform behandelt werden. Und unser Amtseid enthielt auch nicht den Modalpartikel 'einigermaßen'. Im Übrigen geht es nicht nur um unsere Daten, sondern um die der uns schutzbefohlenen Schüler, die beim Einsatz von MS 365 genötigt werden, ihre Daten auszuliefern.

Bedenkenswerte Überlegungen, welchen Schaden Lernanalysedaten potenziell anrichten können, finden sich hier: <https://kurzelinks.de/uzya>. Welchen Schaden scheinbar harmlose, wenige persönliche Daten, die Teil von Big Data werden, für die Demokratie anrichten könnten, findet sich hier beschrieben: <https://kurzelinks.de/cck2>. Das alles bestätigt einen alten Grundsatz des Datenschutzes, die **'Datensparsamkeit'**: Datensammlungen, die vermieden werden können, müssen vermieden werden. Deshalb sollte nach Möglichkeit Software eingesetzt werden, die nicht unkontrolliert Nutzerdaten sammelt. Wenn den Schulen Softwarelösungen wie Moodle, Big Blue Button und LibreOffice zur Verfügung stehen, die Datensammlungen und potenzielle Datenabflüsse von vornherein ausschließen, dann sollten diese bevorzugt werden.

- **Wenn die europäischen Datenschutzbestimmungen der DSGVO den Einsatz moderner Bürosoftware an Schulen verhindern, ist der gegenwärtige Datenschutz dann nicht völlig übertrieben und lebensfern? Das grenzt doch schon an Diktatur des Datenschutzes!**

Wenn man es schlecht findet, dass MS 365 aufgrund der Bestimmungen des Datenschutzes bzw. der Weigerung der Firma Microsoft, den Datenschutz zu respektieren, nicht an Schulen eingesetzt werden darf, oder wenn man die DSGVO, also die europäischen Datenschutzbestimmungen, generell zu streng findet, dann kann man sich für eine Liberalisierung des Datenschutzrechts einsetzen. Wenn dadurch dann die derzeit illegalen Praktiken des uneinsehbaren und unbemerkten Datentransfers der Firma Microsoft irgendwann womöglich legalisiert werden, dann kann man MS 365 an Schulen legal einsetzen. Aber nicht vorher. Eine 'Diktatur' des Datenschutzes kann es gar nicht geben, denn die Gesetze machen wir. Beim Datenschutz kann man unterschiedlicher Meinung sein, aber das Rechtsstaatsprinzip können wir nicht infrage stellen.

Warum nicht? Wir können die Schüler nicht zur Gesetzestreue erziehen, wenn wir als Institution Schule das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung der Schüler und die gültigen Datenschutzbestimmungen dauerhaft, offen und bewusst verletzen, indem wir die Schüler nötigen, eine nicht datenschutzkonforme Software zu nutzen. Und wie sollen wir den Schülern im Rahmen der Medienbildung die notwendige Sensibilität für Datenschutz und Persönlichkeitsrechte vermitteln, wenn wir als Schule selbst offensichtlich nicht gesetzeskonforme Lösungen einführen und die Schüler nötigen, diese zu nutzen?

Für Sie im HPR Gymnasien beim KM | Für Sie im HPR Gymnasien beim KM | Für Sie im HPR



Jörg Sobora
Vorsitzender



Andrea Pilz
Vorstandsmitglied



Ralf Scholl



Ursula Kampf



Karin Fetzner



Martin Brenner

Für Sie im HPR
außerschulischer
Bereich



Michael Belz



Anne Käbbohrer



Cord Santelmann



Christian Unger



Björn Sieper



Stefanie Wölz



Konrad Oberdörfer

Der PhV im HPR
und HPR asB



Fernunterricht

Der HPR Gymnasien hat die **Vorgaben zum Fernunterricht**, die das Kultusministerium zu Beginn dieses Schuljahres an die Schulen gegeben hat, von Beginn an als fern der Realität bezeichnet. Insbesondere das vorgesehene **Tutorkonzept** wurde kritisiert. Letztlich sind an vielen Schulen nur wenige oder gar keine Lehrkräfte selbst vom Präsenzdienst befreit. Und diejenigen, die ihren Dienst von Zuhause aus verrichten, haben oft schon Aufgaben oder sind regulär mit Deputaten eingeplant. Deshalb stellt ein Tutor für den HPR nur eine zusätzliche bürokratische Ebene dar. Die eigentliche Mehrarbeit hat die Fachlehrkraft, die Aufgaben und Material zur Verfügung stellen, mit dem Schüler kommunizieren und die erledigten Arbeiten korrigieren muss. Deshalb fordert der HPR eine entsprechende **Entlastung der Fachlehrkräfte** an anderer Stelle. Insgesamt sind vielfältige Mehrbelastungen der Lehrkräfte durch die Coronapandemie zu beobachten. Dazu gehören auch eine Menge zusätzlicher Aufsichten für die Kontrolle der Einhaltung der Hygieneregeln und die Betreuung von einzelnen Schülern. Diese

Aufsichten sowie die Aufsichten von Klassen, bei denen die Lehrkräfte den Unterricht von Zuhause erteilen, sollten durch zusätzliche Einstellungen von Vertretungslehrkräften geleistet werden. Die Mittel dafür wurden ja vom Kultusministerium erst vor Kurzem aufgestockt.

Der HPR hat das Kultusministerium gebeten, eine **Attestpflicht auch für Schüler**, die auf Grund eines erhöhten Risikos eines schweren Verlaufs bei einer Infektion mit COVID 19 von zuhause aus im Fernunterricht ihrer Schulpflicht nachkommen können, einzuführen. Denn in den letzten Monaten konnte man an den Schulen beobachten, dass mehr Eltern ihre Kinder vom Präsenzunterricht abgemeldet haben. Jeder Schüler, der eigentlich nicht zu Hause bleiben müsste, stellt auch eine gewisse Mehrarbeit für die Lehrkräfte dar, die sich dann intensiv um diese Schüler kümmern müssen. Außerdem fehlen diesen Schülern dann der Ankerpunkt Schule und letztlich auch die sozialen Kontakte. Fernunterricht kann trotz aller Bemühungen nur ein schlechter Ersatz für einen Unterricht am Lebensort Schule sein.

Einstellungen 2020

Insgesamt bewegt sich die Zahl der Einstellungen im Bereich der Vorjahre. So gab es für gymnasiale Lehrkräfte an Gymnasien und Gemeinschaftsschulen insgesamt 1170 Stellen. Dies bedeutet eine Steigerung im Vergleich zum Vorjahr, als 1000 Stellen zur Verfügung standen. Dies bedeutete Einstellungsmöglichkeiten an Gymnasien und GMS für 1231 Personen (973 an Gymnasien und 258 an Gemeinschaftsschulen). Außerdem kamen noch 218 Personen an beruflichen Gymnasien bzw. beruflichen Schulen zur Einstellung. Dies bedeutet, dass insgesamt 1449 Bewerberinnen und Bewerber entsprechend ihres studierten gymnasialen Lehramtes eingestellt wurden, wenn auch nicht alle am Gymnasium. Zusätzlich gab es noch Einstellungen an anderen Schularten, bei denen eine Zusatzausbildung für das Lehramt der Grundschule oder Sekundarschule erworben werden soll.

Erstmals gab es auch das Entfristungsverfahren für befristet Beschäftigte, bei dem Lehrkräfte (sogenannte Nichterfüller), die sich über einen längeren Zeitraum bewährt haben, eine dauerhafte Beschäftigung als Lehrkraft erhalten konnten. Im gymnasialen Bereich betraf das vor allem Lehrkräfte der Fächer Bildende Kunst und Musik. Das Programm wird es auch nächstes Jahr wieder geben. Bewerbungsschluss wird der Tag der stellenwirksamen Änderungswünsche sein.

Schule unter Pandemiebedingungen – Fürsorge des Dienstherrn für seine Lehrkräfte

Den HPR Gymnasien erreichen in letzter Zeit viele besorgte Anfragen von Lehrkräften, die die Fürsorge des Dienstherrn als nicht mehr gegeben ansehen. Sie verstehen nicht, warum es einen Teillockdown gibt, bei dem wichtige Bereiche des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens geschlossen sind, auf das Maskentragen und die AHAL-Regeln geachtet wird, während sie an ihrem Arbeitsplatz täglich den Gefahren einer Ansteckung ausgesetzt sind.

Deshalb unterstützt der HPR Gymnasien deren Forderung, dass ab einer Inzidenz von 50/100 000 (wie vom Robert-Koch-Institut empfohlen) eine **Teilung der Klassen** erfolgt und so die wichtigen Mindestabstände zwischen Schülern und Lehrkräften garantiert werden können. Ein solches System sollte dann so organisiert sein, dass die Lehrkräfte nicht noch mehr Belastungen ausgesetzt sind. Zwangsläufig würde das Abstriche bei der Unterrichtszeit und vermutlich beim Lehrplan bedeuten. Solange aber die Ansteckungsgefahr hoch ist und keine wirksamen Medikamente oder Impfungen vorliegen scheint diese Maßnahme alternativlos zu sein.

Auch für den **Sportunterricht** müssen Wege gefunden werden, wie sportliche Betätigung ermöglicht wird, aber dennoch nicht die Schüler und Lehrkräfte in schlecht belüftbaren Turnhallen oder Umklei-

dekabinen einem erhöhten Ansteckungsrisiko ausgesetzt werden.

Es ist gut, dass die **freiwilligen, symptomunabhängigen Testungen für Lehrkräfte** bis nach Ende der Weihnachtsferien verlängert wurden. Lehrkräfte sollten unkompliziert überprüfen können, ob sie sich eventuell mit dem Virus angesteckt haben.

In der Diskussion um die **Verlängerung der Weihnachtsferien** kam dem HPR eine Variante viel zu kurz: Nicht eine Verschiebung anderer Ferien in den Dezember oder Januar oder eine Nutzung von beweglichen Ferientagen ist angebracht, sondern eine großzügige Geste des Kultusministeriums. Die Landesregierung bzw. das Kultusministerium sollten den Schülern und Lehrkräften zwei zusätzliche Ferientage vor dem Beginn der Weihnachtsferien schenken. Dies würde das Ansteckungsrisiko erheblich verringern, Familien könnten beruhigt das Weihnachtsfest begehen und die Lehrkräfte würden nach langer Zeit endlich eine Anerkennung ihres Dienstherrn für all die zusätzlich geleistete Arbeit der letzten Monate erfahren. Denn es fehlt bisher die Wertschätzung für das herausragende Engagement der Lehrkräfte, die in kürzester Zeit ihre Schüler mit Fernunterricht versorgten, Materialien digitalisierten, sich mit Lernplattformen und Webkonferenzsystemen auseinandersetzten und immer für Schüler und Eltern da waren.

Beteiligung des HPR Gymnasien in Coronazeiten

Nach Meinung des HPR muss das Kultusministerium den HPR Gymnasien formal bei allen coronabedingten Regelungen beteiligen. Viele Vorgaben bedingen ganz klar Mehrarbeit für die Lehrkräfte. Bisher wurde der HPR Gymnasien bei den meisten Maßnahmen nur informiert. Gravierend ist das vor allem bei den Vorgaben zum Fernunterricht, weil diese eine ganz erhebliche Mehrarbeit und Mehrbelastung darstellen. Deshalb wird der HPR auf seine Beteiligungsrechte bestehen, wohl wissend, dass viele Entscheidungen sehr schnell getroffen und kommuniziert werden müssen. **Jörg Sobora**

Einrichtung regionaler Fachteams

Ein großes Aufregerthema ist aktuell die Installation der regionalen Fachteams. Nach etwas mehr als einem Jahr Vorbereitungszeit wird nunmehr eines der zentralen Elemente des neuen Qualitätskonzeptes endlich umgesetzt.

An allen sechs Regionalstellen des ZSL fanden bzw. finden derzeit die Auftaktveranstaltungen zur Gründung der regionalen Fachteams statt. Zu einer ersten zentralen Auftaktveranstaltung an der Regionalstelle sind jeweils schulstufenspezifisch alle Lehrbeauftragten, Fachleiterinnen und Fachleiter sowie Fachberaterinnen und Fachberater im Rahmen einer verpflichtenden Dienstbesprechung eingeladen. An einer großen Regionalstelle kommen da gut und gerne 150 bis 200 Personen zusammen.

Coronabedingt mussten die als große Präsenzveranstaltungen geplanten Treffen nunmehr aber digital abgehalten werden. Normalerweise sollte dies Anlass genug sein, einmal darüber nachzudenken, ob unter den veränderten Rahmenbedingungen das ursprüngliche Konzept nicht angepasst werden müsste. Man hätte zum Beispiel die **eine große in mehrere kleinere** Veranstaltungen aufsplitten können.

Die Verantwortlichen im ZSL und an den Regionalstellen haben sich aber entschieden, auf Kurs zu bleiben und eine Eins-zu-Eins-Übertragung auf ein digitales Format zu versuchen. Das hat so leider nicht funktioniert.

Besonders bitter an der Sache: Nach den ersten Veranstaltungen hätte man bei den Verantwortlichen aus der massiv geäußerten Kritik eigentlich erkennen können, dass das verwendete Format mit der verwendeten Software für diese Größenordnung vollkommen ungeeignet ist – und man hätte gegensteuern können.

Der HPR wird in Zusammenarbeit mit dem BPR ZSL darauf hinwirken, dass die Auftaktveranstaltungen nachträglich noch evaluiert werden, um daraus dann – wie im Qualitätskonzept intendiert – evidenzbasierte wissenschaftliche Erkenntnisse zu gewinnen, die dazu beitragen können, dass zukünftige Veranstaltungen dieser Art auch tatsächlich in der angestrebten Qualität durchgeführt werden können. **Michael Belz**

Von Materialschlacht bis Schönschreibübung

Zwei 'Lernbrücken'-Wochen am Scheffel-Gymnasium in Lahr

In den letzten beiden Wochen der Sommerferien nahmen am Scheffel-Gymnasium in Lahr rund fünfzig Schülerinnen und Schüler das Angebot wahr, sich im Rahmen der 'Lernbrücken' fit für das neue Schuljahr zu machen. Dazu wurden sie in zwei Lerngruppen aufgeteilt: Klasse 5 bis 7 mit bis zu dreißig Schülerinnen und Schülern und Klasse 8 bis 10 mit etwa zwanzig. Aus organisatorischen Gründen konnte ausschließlich das Fach Deutsch angeboten werden. Die beiden betreuenden Lehrerinnen, Diana Barz (D.B.) und Kerstin de Both (K.dB.), berichten im Interview von ihren Erfahrungen. Die Fragen stellte Bettina Hölscher.

Warum habt ihr euch für das 'Lernbrücken'-Angebot als Lehrkräfte zur Verfügung gestellt?

D.B.: Ich habe es schon als Aufforderung verstanden, sich bei den 'Lernbrücken' zu beteiligen. Außerdem dachte ich, dass der eine oder andere Schüler in der Corona-Zeit wirklich abgehängt wurde.

K.dB.: Als die Information kam, dass solche 'Lernbrücken' eingerichtet werden sollen, war ich noch in Elternzeit und habe mir überlegt, dass ich nach einem Jahr Pause damit wieder gut ins Unterrichten reinfinden könnte. Die Betreuung meiner eigenen Kinder war gewährleistet. Außerdem war die halbe Überstunde als Vergütung für mich durchaus ein Anreiz. Es war ein guter Einstieg.

D.B.: Ich habe die finanzielle Vergütung gewählt, habe das aber eher als sozialen Ferienjob gesehen, mit dem ich auch noch mein Schuljahr beginnen kann. Wir fanden es beide etwas überraschend und auch enttäuschend, dass sich nicht mehr Kollegen dafür gemeldet haben.

Wie seid ihr mit den relativ großen Gruppen mit vielen unterschiedlichen Lernständen umgegangen?

K.dB.: Wir haben die größere Gruppe noch einmal in sich aufgeteilt und in zwei Räume gesetzt. Außerdem hatten wir in der ersten Woche zwei Hilfskräfte, eine FSJlerin und eine ehemalige Schülerin, die bis zu ihrem Studienbeginn einen Arbeitsvertrag

über die Stadt abschloss und uns so unterstützen konnte. Diese stand uns auch noch in der zweiten Woche zur Seite. Alles, was nicht Unterrichten war, haben sie uns abgenommen, zum Beispiel das Kopieren. Zum Teil haben sie auch in der Gruppe unterstützt, in der man selbst gerade mal nicht war, oder kleine Spiele gespielt.

D.B.: Mit den gemischten Gruppen hatte ich anfänglich Bedenken, denn man kann ja keinen klassischen Unterricht machen. Deshalb haben wir am Anfang mit den Schülerinnen und Schülern eine Testung gemacht, um ihren individuellen Förderbedarf zu ermitteln. Unsere Helferinnen haben dann den Test akribisch ausgewertet, während wir schon einmal mit dem Unterricht beginnen konnten. Auf der Grundlage des Tests haben wir dann das Fördermaterial zusammengestellt, das heißt, jeder Schüler hatte sein Päckchen oder größeres Paket, das er dann im Lauf der zwei Wochen bearbeitet hat. Die Schüler haben sich dann auch gegenseitig unterstützt, und da gab es ganz schnell ein klassenübergreifendes Miteinander. Aber natürlich war gerade der erste Tag, bis erst einmal alles organisatorisch lief, eine schweißtreibende Sache.

Welche Materialien habt ihr verwendet?

K.dB.: Die Materialien vom ZSL kamen irgendwie bei uns nicht an. Wir hatten uns aber vorher getroffen und überlegt, mit welchen alternativen

>> Diana Barz (links) und Kerstin de Both (rechts) bei der Sichtung der Materialien



Materialien wir in diesem Fall arbeiten können.

D.B.: Schließlich haben wir auf die an der Schule vorhandenen Ordner mit Fördermaterialien zurückgegriffen. Die haben uns wirklich gerettet. Zusätzlich konnten wir dann, wenn jemand z.B. besonders noch einmal die Schreibung von 'das/dass' üben sollte, unsere Helferinnen einsetzen, die dann weiteres Übungsmaterial nach unserer Anleitung zusammengestellt haben.

K.dB.: Das war schon eine Materialschlacht. Ohne die Helferinnen wäre das nicht zu bewältigen gewesen. Wir haben die Schülerinnen und Schüler aber nicht nur Arbeitsblätter ausfüllen, sondern auch Texte schreiben lassen, die korrigiert und individuell besprochen wurden. Da hat man auch manch Spannendes über die Kinder erfahren, was im normalen Unterricht vielleicht nie zum Thema geworden wäre.

D.B.: Wir hatten auch Zeit für kleine, ganz individuelle Fragestellungen mit den Schülern. Mit einem Zehntklässler habe ich zwischendurch mal Schönschrift geübt – ein Gag, aber es hat funktioniert.

Waren denn die Schülerinnen und Schüler motiviert?

K.dB.: Sie waren motiviert und haben wirklich gut gearbeitet. Da waren sicher welche, die nicht ganz freiwillig da waren, bei denen die Eltern gesagt haben, es wäre gut, wenn sie teilnehmen würden. Aber diese haben >>



>> Papierschlacht

Foto: Lea Zanger

dann nicht die Stimmung gesprengt, sondern auch ihre Aufgaben brav erledigt. Dabei hat bestimmt geholfen, dass die üblichen Klassenstrukturen aufgebrochen waren und die Schüler sich erst zusammenfinden mussten. In der zweiten Woche konnte man sehen, wer Potenzial zum Ausbrechen hätte, aber da waren die 'Lernbrücken' schon vorbei.

Wie fällt eure persönliche Bilanz zu den 'Lernbrücken' aus?

D.B.: Ich würde das sofort noch einmal machen. Man hatte das Gefühl, etwas Sinnvolles getan zu haben, wenn die Kinder nachher sagen: »Ich gehe jetzt beruhigter in die Schule.«

K.dB.: Es war tatsächlich das, was eigentlich am Lehrerberuf Spaß macht: Man hatte nur die Arbeit mit den Kindern, und alles, was sonst so anfällt, nicht. Wir beiden Kolleginnen haben als Team gut zusammengear-

beitet und die Atmosphäre mit den Schülern hat gestimmt.

Auszüge aus dem Schülerfeedback:

- Manchmal waren die Aufgaben schwer, aber wenn ich was gefragt habe und es mir erklärt worden ist, hat es mir sehr geholfen und ich habe es gut verstanden.
- Dass es etwas zu viele Arbeitsblätter waren und dass wir fast nichts außer den Arbeitsblättern gemacht haben.
- Ich finde, dass die Pausen voll kurz waren!
- Es wäre auch noch gut andere Fächer anzubieten.
- Es war sehr toll und ich hab vieles dazugelernt.
- Ich würde wieder teilnehmen, wenn ich es brauchen würde.

Das Interview führte Bettina Hölscher



>> »Da soll noch einer sagen, dem Kultusministerium fehle es an innovativen Ideen, wie man eine große Klasse mit 1,5 Metern Mindestabstand komplett im Klassenzimmer unterbringt ...«

Thema aktuell

heute: CDU

Lehrer und Politiker: 47 Jahre Urlaub?

Da ich im kommenden Frühjahr aus dem Mandat ausscheide und deshalb in der Verbandszeitschrift letztmalig zu Wort komme, möchte ich ganz Grundsätzliches ansprechen, was meines Erachtens auch nach vielen Gesprächsrunden mit dem Philologenverband Bestand haben sollte.

Dies geschieht vor dem Erfahrungshintergrund eines Grundschülers mit vier Klassen in einem Schulzimmer, eines Gymnasiasten mit 44 Mitschülern in der 5. Klasse, eines Abiturienten einer Internatsschule, der mangels Alternativen Lehrer wurde und vor allem reichlich Ferien haben wollte und sich zudem vor bereits fünfzig Jahren noch der Politik zuwandte, um sich im Alltag nicht allzu sehr zu langweilen.

Berufliche Erfahrungen wurden im Privatschul- und Staatsdienst als Betreuer zahlloser Schulmannschaften, als Verbindungslehrer, örtlicher Personalrat und Schulleiter, auch in Teilzeit, gesammelt. Der Blick von Eltern und Schülern auf Schule ist mir in der ganzen Bandbreite bekannt. Schön, dass es darunter auch Menschen gab und gibt, die den Lehrerberuf nicht nur als permanente Freizeitbeschäftigung betrachten.

Und dann begegnet man in der Politik einer Vielzahl von Menschen, die dem Bildungspolitiker aus ihrer jeweiligen Sicht doch endlich mal erklären wollten, wie Schule funktioniert. Darunter waren auch solche, die vor dem eigenen Erfahrungshintergrund auch für einen gedulden Menschen kaum zu ertragen waren.

Dazu gehörten und gehören keinesfalls die Repräsentanten des Philologenverbands, weder unter der Führung von Bernd Saur noch von Ralf Scholl: ganz im Gegenteil! Unser Parlamentarischer Berater Herr Ohly und ich haben zu danken für viele Gesprächsrunden, die alle-



von Karl-Wilhelm Röhm,
MdL

samt informativ und fruchtbar waren. Die höchst qualifizierten Anregungen aus der Praxis unserer Gesprächsteilnehmer waren stets willkommen und haben nicht nur bei der Umsetzung der gymnasialen Oberstufe wertvolle und tragfähige Impulse gegeben.

Zusammenfassend soll in der gebotenen Kürze aus meiner Sicht Folgendes festgehalten werden, das ich für konsensfähig halte:

- Lehrerinnen und Lehrer sind in erster Linie Pädagogen und Wissensvermittler – aber nicht Sozialarbeiter oder Psychologen. Gleichwohl muss die Dialogfähigkeit zum Umgang mit schwieriger Klientel gestärkt werden (zweijähriges Referendariat).
- Lehrerinnen und Lehrer brauchen vertrauensvolle Unterstützung durch Schulleitung, Schul- und Kultusverwaltung. Sie müssen – mit Ausnahme bei objektivem Fehlverhalten – spüren, dass ihnen der Rücken gestärkt wird (Stärkung und Entlastung der Schulleitung, Schaffung weiterer AL-Stellen und Rücknahme der Kürzung des Entlastungskontingents).
- Lehrerinnen und Lehrer sollten wissen, was sie sich gefallen lassen dürfen und was nicht. Es gibt eben auch »ungezogene Knaben und Gören«, die aufgrund ihres Fehlverhaltens deplatziert sind. 'Durchgeknallte' Eltern sind nicht weniger problematisch. Es bedarf also kollegialer Strukturen und

das konsequente Miteinander ist gefragt (Einforderung und Stärkung der Erziehungspartnerschaft mit den Eltern).

- Im außerunterrichtlichen Bereich muss die Persönlichkeitsbildung unserer Schüler durch vielfältige Angebote erhalten und gestärkt werden. Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler gestalten gemeinsam ein lebendiges Schulleben (Anrechnungsstunden).

Abschließend möchte ich noch zwei Diskussionspunkte ansprechen:

- In selbstgewählter Teilzeit arbeiten zu können, ist einerseits schulisch notwendig, andererseits aber auch ein Privileg. Deshalb habe ich auch die unterhältige Beschäftigung mit auf den Weg gebracht. Was keinesfalls sein darf, ist, dass jeder für sich die weiteren selbstverständlichen Verpflichtungen selbst definiert. Teilbare und nicht teilbare Verpflichtungen sind ohne Wenn und Aber zu erfüllen.
- Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss maßgeblich vor Ort an der jeweiligen Schule in kollegialem Miteinander erfolgen. Dabei sind für mich zu betreuende Kinder und zu pflegende Angehörige vorrangig zu berücksichtigen. Wer diesbezüglich Solidarität erfahren hat, sollte selbige freilich 'rückvergüten'.

Fazit: Lassen Sie uns alle gemeinsam dafür Sorge tragen, dass unser Beruf die ihm gebührende gesellschaftliche Anerkennung erfährt. Corona stimmt diesbezüglich hoffnungsvoll. Eltern und Schüler sind dankbar für offene Schulen. Stellen wir aber auch sicher, dass Schüler und Eltern Lehrer im Fernunterricht ausschließlich als Kümmerer erleben, die sich eben nicht vorwiegend im Urlaub befinden. Dafür gibt es herausragende Beispiele.

Mitbestimmung an Schulen in Zeiten von Corona

Die Corona-Pandemie stellt nicht nur Schulleitungen und Kollegien vor neue Herausforderungen, sondern insbesondere auch die Örtlichen Personalräte (ÖPR). Aus der Vielzahl an Aufgaben sollen insbesondere ein paar Mitbestimmungstatbestände herausgegriffen werden, die in den letzten Monaten an Bedeutung gewonnen haben.

Die rechtliche Grundlage ist das Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG BW). In § 70 ist festgehalten, dass die Personalvertretung die Aufgabe hat, »darüber zu wachen, dass die zugunsten der Beschäftigten geltenden Gesetze, Verordnungen, [...] Unfallverhütungsvorschriften und sonstigen Arbeitsschutzvorschriften durchgeführt werden [...]«. Und im Schreiben der Ministerin Dr. Susanne Eisenmann zu Planungen des Schuljahres 2020/2021 vom 7. Juli 2020 an die Schulleitungen heißt es: »Wir bitten Sie, bei Ihren Planungen und Maßnahmen für das Schuljahr 2020/2021 weiterhin vertrauensvoll mit Ihren Örtlichen Personalräten sowie den Schwerbehindertenvertretungen zusammenzuarbeiten.«

Hygiene

An jeder Schule muss es gemäß § 36 Infektionsschutzgesetz und der Corona-Verordnung des Kultusministeriums einen eigenen Hygieneplan geben, an dem der ÖPR zu beteiligen ist (§ 74 Abs. 2 Nr. 7 und 8) und dessen Einhaltung er überwacht. Dabei sollte der Arbeitsschutzausschuss (ASA), der laut Dienstvereinbarung zum betrieblichen Gesundheitsmanagement zweimal im Schuljahr tagen muss, aber auch auf Antrag der zwei teilnehmenden ÖPR-Mitglieder öfter stattfinden kann, hinzugezogen werden. Hilfe bei Informations- und Beratungsbedarf bietet auch der vom KM beauftragte betriebsärztliche Dienst B.A.D: <https://www.sichergesund-schule-bw.de/coronavirus/>

Risikogruppen

Zu diesen zählen im Schulbetrieb in erster Linie Schwangere und Kolle-

ginnen und Kollegen mit Attest, die nicht vor Ort unterrichten. Der ÖPR sollte darauf achten, dass diese Personengruppen gemäß ihrem individuellen Deputat beschäftigt werden und keine Unterstunden in Kauf nehmen müssen. Diese sind im Beamtenengesetz nicht vorgesehen.

Mehrarbeit und Mehrarbeitsunterricht

Mehrarbeit ist sowohl ein physischer als auch ein psychischer Belastungsfaktor und kann im schlimmsten Fall zu Krankheit führen. Deshalb ist bei 'Anordnung von Mehrarbeit oder Überstunden' (§ 74 Abs. 2 Nr. 4 LPVG) und der Festlegung der Pausen (§ 74 Abs. 2 Nr. 2 LPVG) der ÖPR in der uneingeschränkten Mitbestimmung. Bei der Ausdehnung der Pausenaufsichten aufgrund der Pandemie sollte der ÖPR unbedingt darauf drängen, dass das Kollegium nicht überlastet wird und eigene Pausen einhalten kann. Eine Parallelführung von Präsenz- und Fernunterricht – zum Beispiel bei geteilten Klassen oder beim zusätzlichen Fernunterricht für einzelne Schülerinnen und Schüler – ist definitiv Mehrarbeitsunterricht und sollte unbedingt vermieden oder aber zumindest dokumentiert werden. Der Philologenverband kämpft dafür, dass dieser zusätzliche Unterricht adäquat abgerechnet werden kann. Bisher hält sich das Kultusministerium leider bedeckt.

Digitalisierung

Der ÖPR ist in der Mitbestimmung bei 'Einführung, wesentliche[r] Änderung oder wesentliche[r] Ausweitung der Informations- und Kommunikationsnetze' (§ 75 Abs. 4 Nr. 16 und Nr. 11 – 17 LPVG) und er wacht darüber, dass die EU-DSGVO eingehalten wird. Während der ersten Phase der Pandemie haben viele Schulen auf die Schnelle digitale Konzepte eingeführt, die funktionierten, aber nicht immer dem strengen europäischen Datenschutzgesetz entsprachen. In der Zwischenzeit hat das

Kultusministerium mit Moodle, BBB und dem Messenger-Dienst Threema datenschutzkonforme Tools bereitgestellt. Der ÖPR sollte darauf drängen, dass an der Schule diese oder andere datenschutzkonforme Informationsnetze installiert werden. Sollte der ÖPR zu Beginn der Pandemie übergangen worden sein, ist seine Zustimmung nachzuholen. An dieser Stelle ist auch immer der oder die Datenschutzbeauftragte der Schule einzubeziehen. Die Letztverantwortung für den Datenschutz hat die Schulleitung.

Digitale Kommunikation

Über Netzwerke, die der EU-DSGVO entsprechen, können sowohl der ÖPR als auch das Kollegium untereinander datenschutzkonform kommunizieren. Dies erlaubt sowohl digitale ÖPR-Sitzungen als auch schulische Konferenzen. Netzwerke, die nicht dem Datenschutz entsprechen, bieten hier keine Sicherheit in Bezug auf personenbezogene Daten und widersprechen der Gesetzgebung.

Die Rahmendienstvereinbarung zum Einsatz einer landeseinheitlichen digitalen Bildungsplattform legt im Übrigen fest, dass das Abrufen digitaler Informationen zu den üblichen Dienstzeiten zwischen 8 Uhr und 17 Uhr erfolgen muss. Hier ist darauf zu achten, dass die Zeiten zumindest nicht missbräuchlich ausgedehnt werden.

Und über allem steht der § 2 LPVG, der von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit der Dienststelle mit der Personalvertretung zum Wohle der Beschäftigten ausgeht – eine Verpflichtung für beide Seiten. Es geht darüber hinaus um die Erfüllung der Aufgaben der Dienststelle, denn Maßnahmen der Mitbestimmung können nur mit Zustimmung des ÖPR getroffen und durchgeführt werden (§ 73 Abs. 1 LPVG). ÖPR und Schulleitung müssen 'mit dem ernstesten Willen zur Einigung verhandeln' (§ 68 Abs. 1 LPVG).

Edelgard Jauch

PhV BW zu Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte in der Pandemie:

Philologenverband Baden-Württemberg mahnt dringenden Handlungsbedarf an, damit die Schulen weiterhin ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag erfüllen können!

- Mehrarbeit durch Fernunterricht muss als solche anerkannt und berücksichtigt werden
- Lehrkräfte und Schulleitungen brauchen dringend Entlastung



>> Cord Santelmann (Bezirksvorsitzender PhV Südwürttemberg), Karin Fetzner (stellvertretende Vorsitzende PhV BW) und Ralf Scholl (Vorsitzender PhV BW) auf der Landespressekonferenz des Philologenverbandes Baden-Württemberg

Schon vor dem Beginn der Corona-Pandemie wurde die Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule durch belastende Arbeitsbedingungen erschwert. Dies zeigten die baden-württembergischen Ergebnisse der bundesweiten LaiW-Studie des Deutschen Philologenverbands. Der Philologenverband Baden-Württemberg hatte die Ergebnisse der Studie im März 2020 vorgestellt und ein Sofortprogramm zur Entlastung der Schulen gefordert, siehe <https://www.phv-bw.de/lehrkraefte-brauchen-entlastung/>. Diese Situation hat sich durch enorme Mehrbelastungen durch den Fernunterricht und eine Vervielfachung des Organisations- und Kooperationsbedarfs in der Pandemie-Situation weiter gefährlich zuge-spitzt, sodass Entlastungsmaßnahmen dringender erforderlich sind denn je!

Unhaltbare Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte

Lehrkräfte sind in der Pandemie-Situation durch den parallel oder anstelle des Präsenzunterrichts erforderlichen digitalen Fernunterricht vermehrt belastet: Sie müssen herkömmliche Unterrichtsmaterialien und Unterrichtskonzepte dem digitalen Format anpassen, sich um Urheberrechtsfragen, Videokonferenztechnik, Fernunterstützung der Schüler und vieles mehr kümmern.

Insbesondere wenn Fernunterricht parallel, also zusätzlich zum Präsen-

zunterricht erwartet wird, sind die Anforderungen der vom Kultusministerium verbreiteten 'Grundsätze für den Fernunterricht im Schuljahr 2020/2021' de facto nicht zu erfüllen. Mehrarbeit durch den Fernunterricht muss als solche anerkannt und durch Anrechnungstunden im Folgejahr, also durch eine sogenannte 'Bugwelle', ausgeglichen werden. Alternativ muss zumindest eine Vergütung im Sinne der Mehrarbeitsunterrichtsverordnung erfolgen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum der bisher zusätzlich zum normalen Unterricht erforderliche Hausunterricht für längerfristig erkrankte

oder chronisch kranke Schüler vergütet wurde, der nun zusätzlich erforderliche digitale Unterricht aber on top von den Lehrkräften erwartet wird.

In diesem Zusammenhang ist es vollkommen unverständlich, warum die Schulpflicht im Sinne der Teilnahme am Präsenzunterricht von der Landesregierung ausgesetzt wurde und Eltern bzw. Schüler nach Belieben entscheiden können, ob die Schüler am Präsenzunterricht teilnehmen oder nicht. Hier sollte – wie im Übrigen für Lehrkräfte der Corona-Risikogruppe auch – eine Attestpflicht eingeführt werden.

Tutorensystem des KM im gymnasialen Bereich nicht umsetzbar

Die vom Kultusministerium geplante schulübergreifende Betreuung von Schülern, die nicht am Präsenzunterricht teilnehmen, durch vom Präsenzunterricht befreite Lehrkräfte der Risikogruppe, findet de facto nicht statt und kann im gymnasialen Bereich auch gar nicht stattfinden, weil das Fächerprinzip entgegensteht und inzwischen auch bei weitem nicht mehr ausreichend freigestellte Lehrkräfte zur Verfügung stehen, da diese in den allermeisten Fällen auf freiwilliger Basis und trotz entgegenstehendem medizinischen Attest in den Präsenzunterricht zurückgekehrt sind.

Zusatzarbeit durch Fernunterricht muss anerkannt und ausgeglichen werden

Einer vollbeschäftigten Lehrkraft entsteht durch die regelmäßige parallele Bereitstellung von Unterrichts-

>>>

materialien, Fotos von Tafelaufschrieben, zusätzlichen Hinweisen zur digitalen Bearbeitung und die individuelle Betreuung der Schüler im Fernunterricht mindestens ein pauschaler Mehraufwand im Umfang von zwei Unterrichtswochenstunden, sodass im Folgejahr regelmäßig eine entsprechende Dienstbefreiung gewährt werden muss bzw. diese Bugwellenstunden angerechnet werden müssen.

Aber auch der Fernunterricht als Ersatz des Präsenzunterrichts, wenn ganze Klassen in Quarantäne geschickt oder Schulen geschlossen werden, ist mit erheblichem Mehraufwand verbunden: Es müssen die technischen Hürden der Schüler überwunden, Unterrichtsgänge umgeplant, eine Vielzahl von Telefonaten geführt, Anwesenheiten umständlich festgestellt, Unterrichtsgeschehen verschriftlicht, Lernplattformen bedient werden und vieles mehr.

Am dringendsten aber ist die Verringerung der Mehrbelastung durch eine Aufstockung der Krankenvertretungsreserve, die Einstellung von Studenten für pädagogische Aufsichts- und Betreuungstätigkeiten im Rahmen des Fernunterrichts, die Verkleinerung der Klassengrößen und eine entsprechende Schaffung von zusätzlichen Lehrerstellen.

Antworten auf zahlreiche ungelöste Fragen müssen gefunden werden

Die finanziellen Mehrbelastungen der Lehrkräfte durch die für den digitalen Fernunterricht angeschafften Gerät-

schaften wie Notebook, Webcam oder Headset sollten auf Antrag unbürokratisch vom Dienstherrn erstattet werden. Abgesehen davon sind viele Fragen des Datenschutzes und des Schutzes der Persönlichkeitsrechte von Schülern und Lehrern im Rahmen des digitalen Fernunterrichts, insbesondere was den Einsatz von Videokonferenzen und auch ein 'Streaming', d. h. die digitale Übertragung von Unterrichtsgeschehen angeht, vollkommen ungeklärt. Der Philologenverband Baden-Württemberg weist in diesem Zusammenhang auch auf die Datenschutzproblematik von im Unterricht eingesetzten Cloud-Anwendungen hin.

Hinzu kommt für die Lehrkräfte die schwierige Arbeits- und Gesundheitsschutz-Situation an den Schulen: Die Regelungen bezüglich der Quarantäne von Schülern und Lehrkräften sind je nach Gesundheitsamt sehr unterschiedlich und gerade für Lehrkräfte mit Angehörigen im eigenen Haushalt (chronisch kranke Kinder, pflegebedürftige Angehörige) muss eine einfache und unbürokratische Möglichkeit der Befreiung vom Präsenzunterricht eingerichtet werden, die – im Gegensatz zur bisherigen Praxis – auch großzügig gewährt wird.

Schulleiterinnen, Schulleiter und Schulleitungsteams brauchen Entlastung!

Auch die Schulleitungen und Schulleitungsteams sind seit März 2020 über die Maßen durch ständig wechselnde und äußerst kurzfristig umzusetzende offizielle Vorgaben gefordert. Nur we-

nige Beispiele: Kurz vor den Pfingstferien 2020 wurden neue Vorgaben für den nach Pfingsten geplanten Präsenzunterricht gemacht, sodass in den Pfingstferien an den Schulen neue Stundenpläne gemacht werden mussten. Am Tag nach (!) den Pfingstferien wurde den Schulen eine Neuregelung der Präsenzpfllicht von Lehrkräften mit einem erhöhten Risiko für einen schwerwiegenden Covid-19-Verlauf mitgeteilt, sodass im laufenden Betrieb umgeplant werden musste. Am ersten Schultag nach den Sommerferien wurden den Schulen Grundsätze für den Fernunterricht mitgeteilt, die also ebenfalls im laufenden Betrieb umgesetzt werden mussten. Die Liste ließe sich fortsetzen. Immer mehr Schulleitungen sind nicht nur bis zur Belastungsgrenze, sondern darüber hinaus gefordert, sodass sie Überlastungsanzeigen an die Regierungspräsidien stellen und über die Niederlegung ihres Amtes nachdenken. Der Dienstherr muss diese Alarmzeichen ernst nehmen und jetzt rasch handeln!

Deshalb müssen auch die Schulleitungen durch einen vorübergehenden Verzicht auf die Mindestunterrichtsverpflichtung von Schulleitern und vor allem durch die rasche Aufstockung der Leitungszeit für Schulleitungsaufgaben und die Schaffung neuer Abteilungsleiterstellen für die Verstärkung der Schulleitungsteams von der Landesregierung unterstützt werden.

Im Übrigen verweist der Philologenverband Baden-Württemberg auf die rasche Umsetzung seiner bereits im März 2020 geforderten Sofortmaßnahmen:

- 1. Absenkung der Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte und Entlastung der Schulleitungen**
 - 2. Absenkung des Klassenteilers**
 - 3. Aufstockung der Anrechnungsstunden für besondere Aufgaben der Schulen**
 - 4. Anerkennung der Mehrarbeit von Lehrkräften**
 - 5. Entlastung von unterrichtsfernen Aufgaben und Konzentration aufs Kerngeschäft, den Unterricht**
 - 6. Wirksamer Arbeits- und Gesundheitsschutz statt Placebo-Fortbildungsangebote**
- Cord Santelmann

Landespressekonferenz zum Schuljahresbeginn

In einer Landespressekonferenz am 10. September 2020 äußerte sich der Philologenverband Baden-Württemberg zu den Planungen für das neue Schuljahr 2020/2021. Ralf Scholl (PhV-Landesvorsitzender), Cord Santelmann (Referent für Berufspolitik im PhV-Landesvorstand und PhV-Bezirksvorsitzender Südwürttemberg) und Karin Fetzner (stellvertretende PhV-Landesvorsitzende) stellten den rund 25 anwesenden Medienvertretern die Forderungen des Verbands dar und berichteten, vielfach anhand von konkreten Beispielen, über die Anliegen und Sorgen der gymnasialen Lehrkräfte im Hinblick auf den Schulbetrieb unter Pandemiebedingungen nach den Sommerferien. Die PhV-Vertreter kritisierten dabei, dass das Kultusministerium weiterhin nach dem 'Prinzip Hoffnung' agiere und nicht alle Mittel ausschöpfe, um einen sicheren Regelbetrieb zu gewährleisten.

Steffen Kottmann

Umfrage zur Gleichberechtigung und Gleichstellung

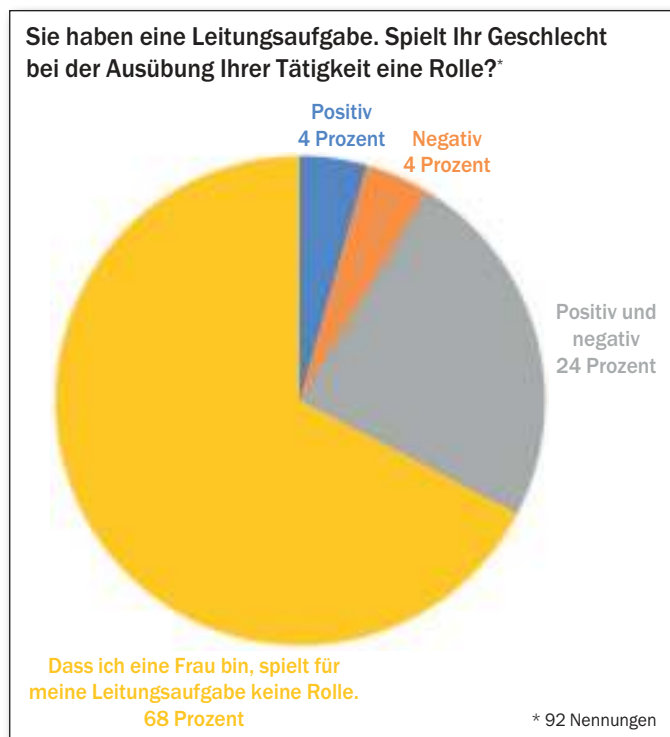
Stimmungsbild zur Frage der 'Chancengleichheit'

Weniger als die Hälfte der Befragten nimmt sich mit ihren männlichen Kollegen als gleichberechtigt wahr. Das war das Ergebnis einer Befragung der weiblichen Mitglieder im Frühjahr dieses Jahres.



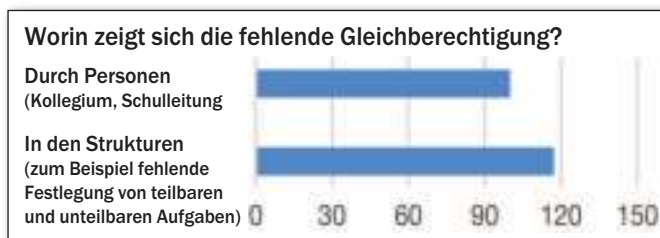
von **Claudia Grimm**
Referentin für Gleichberechtigung, Gleichstellung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Ausgehend von der Online-Umfrage im Mitgliederbereich lässt sich eine **Zweiteilung des Stimmungsbildes** ausmachen: Ein Teil der Befragten fühlt sich an der Schule wohl, ist respektiert und kann beispielsweise auch eine Führungsaufgabe gleichberechtigt wahrnehmen – das Geschlecht spielt keine (negative) Rolle.



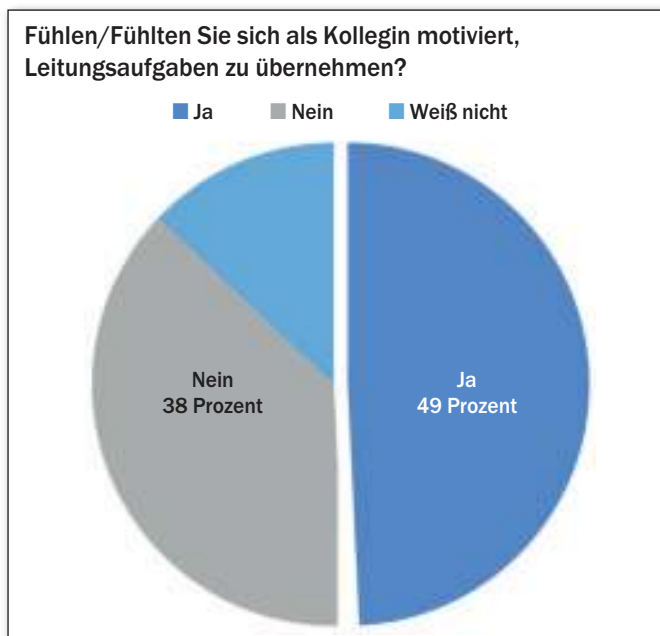
Es wird auch betont, dass Bezahlung, Stimmrecht in der GLK und die Möglichkeit, in Teilzeit zu arbeiten, vom Geschlecht unabhängig sind. Außerdem seien die Aufteilung von Kinderbetreuung und anderer Care-Arbeit auch private Fragen, die innerhalb von Familien geklärt werden (sollten).

Ein anderer Teil der Befragten fühlt sich oder wird aktiv benachteiligt. Eine zentrale Rolle könnten hier die Schulleitungen spielen – neben den fehlenden rechtlichen Regelungen oder wegen der fehlenden Regelungen?



Dabei scheint sich manchmal sogar die Wahrnehmung und Beurteilung einer Lehrerin vor und nach der Geburt ihres ersten Kindes zu verändern. **Gleichberechtigung: Ja – aber nur bis zum ersten Kind.** Das berichten einige Frauen.

Fehlende Netzwerke, die bei Männern eventuell häufiger vorhanden sind, aber auch die Art der Ausschreibung werden als Hemmnisse für Bewerbungen auf Funktionsstellen genannt. Insbesondere Führungsaufgaben würden heute noch von manchen Schulleitungen eher Männern zugetraut werden.

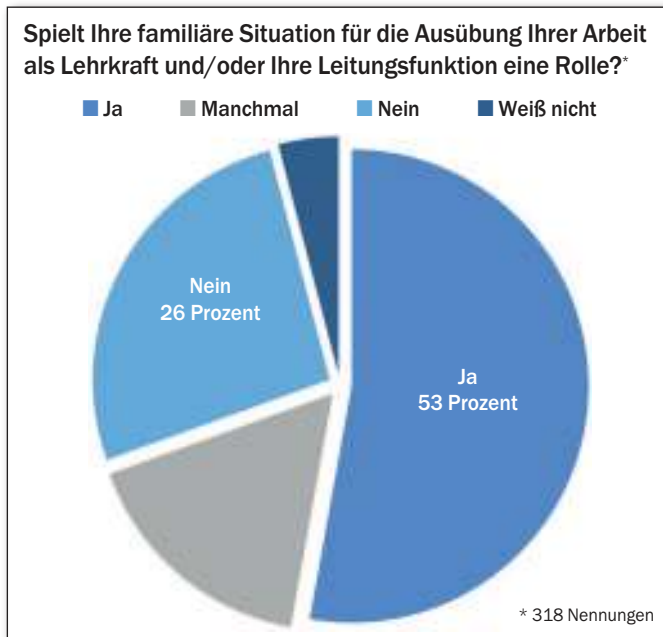


Als Gründe, warum »frau« sich nicht für eine Leitungsaufgabe bewerben möchte, wurden angeführt, dass Schulleitungen fähige Kolleginnen nicht angemessen förderten. Außerdem würden Stellen häufig von vornherein auf bestimmte Bewerber zugeschnitten. Mütter seien schon bei der Ausschreibung nicht vorgesehen, auch weil eine umfangreiche zeitliche Anwesenheit in der Schule vorausgesetzt und die Teilbarkeit von Führungsaufgaben nicht >>

ermöglicht werde. Frauen seien zudem oft selbstkritischer als ihre männlichen Kollegen und bewerben sich deshalb lieber nicht.

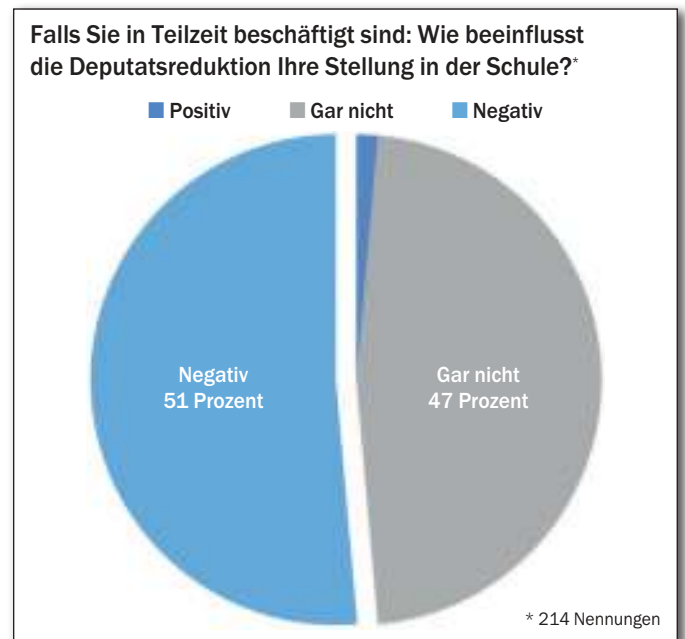
Mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf scheint noch immer eine zentrale Frage für **Frauen** mit Kindern zu sein. Fehlende Planungssicherheit und die Kurzfristigkeit mancher Termine oder Aufgaben erschweren die Verträglichkeit der Lebensbereiche im Alltag.



Es gebe an manchen Schulen noch immer zu wenig Rücksichtnahme auf die Situation mit (kleinen) Kindern (zum Beispiel Stundenplan, Konferenzzeiten außerhalb von Betreuungszeiten von Ganztageseinrichtungen, Korrekturzeiträume). Auch die Personalvertretung, teils nur männlich besetzt, nehme die Interessen der Frauen weniger wahr. Kleine Schulen müssen ohne Chancengleichheitsbeauftragte vor Ort auskommen. Ein Indiz für die mangelnde Vereinbarkeit sei schlicht, dass Frauen mit Kind(ern) und Vollzeitdeputat eher selten seien. Manche Frauen fühlen sich gar in Teilzeit gedrängt und selbst in der Teilzeit müssten teilbare Aufgaben individuell erbeten werden. Schlechte Stundenpläne bei Teilzeit und Vollzeit, viele Vertretungstunden und zu viele Zusatzaufgaben erschweren die Vereinbarkeit außerdem an vielen Schulen.

Insgesamt haben sich 325 Frauen an der Umfrage beteiligt, zum Teil mit hoch emotionalen Kommentaren. Berichtet wird von Erlebnissen mit Vorgesetzten, aber auch Kol-



leginnen und Kollegen, die man heute eigentlich nicht mehr für möglich halten würde. Hier eine Zusammenfassung:

Männern werde mehr (fachliche) Kompetenz unterstellt, Frauen würden oft nicht ernst genommen. Kritik von Frauen wird als emotionale Entgleisung der weiblichen Lehrkräfte gesehen, von der diese kuriert werden müssten. Auch müssten Frauen ihr Handeln mehr erklären, eher gegen Widerstände kämpfen, ihr Wort gelte weniger. Frauen müssten mehr leisten als Männer, um eine Chance zu bekommen. Sie würden dann aber gern als überengagiert wahrgenommen, was sie unsympathisch mache und man deshalb lieber einen Mann nehme. Frauen, die es in Führungspositionen geschafft hätten, würden als 'Quotenfrauen' herabgewürdigt.

Nicht jede Frau kann Führung oder strebt eine Funktionsstelle an. Viele nehmen sowohl Belastung als auch Bezahlung als unverhältnismäßig und unattraktiv wahr. Frauen, die gern Leitungsaufgaben übernehmen würden, haben es aber unter Umständen heute immer noch schwerer als Männer, sich in Bewerbungsverfahren durchzusetzen. Sind sie im Amt, scheint die Geschlechterfrage eine sehr untergeordnete Rolle zu spielen, nicht jedoch die familiäre Situation.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nur für einen Teil der Frauen ein Thema oder nur ein Thema auf Zeit. Und: Auch Väter übernehmen Teile der Care-Arbeit. Dennoch sind es vor allem Frauen, die aus familiären Gründen in Teilzeit arbeiten und damit weniger Anspruch auf Pension und schlechtere Chancen auf Karriere haben. Wollen wir das?

Spenden Sie Licht in dunkelster Nacht!

Wir begleiten im Kinderhospiz Bärenherz lebensverkürzend erkrankte Kinder und ihre Familien: Liebevoll, professionell, rund um die Uhr, 365 Tage im Jahr – weil jede Minute Leben kostbar ist...

Das Kinderhospiz Bärenherz ist eine Einrichtung der Bärenherz Stiftung in Wiesbaden.
 Spenden/Zustiftungen:
 Tel. 0611 3601110-0
 info@baerenherz.de • www.baerenherz.de

Wiesbadener Volksbank • BIC: WIRADE33 • IBAN: DE07 5109 0000 0000 0707 00
 Nassauische Sparkasse • BIC: NASSDE55 • IBAN: DE91 5105 0015 0222 0003 00

Mehr Zeit für Bildung - PhV-G9-Konzeption

»Stoff nachlernen? – Dafür ist in G8 keine Zeit!« [Ralf Scholl StZ 26. Juli 2020]

Am 18. Januar und 30. Juli 2020 traf sich der Bildungspolitische Arbeitskreis (BAK), um Vorschläge, die aus verschiedenen PhV-Klausurtagungen hervorgegangen waren, zu ordnen und eine Konzeption des Philologenverbandes zu G9 zu erarbeiten.

Für die Einführung von G8 gab es keine pädagogischen Gründe. Aufgrund der Corona-Pandemie erhielt die Onlinepetition der Elterninitiative 'G9 jetzt! BW' weitere Unterstützer (über 60 000 Unterschriften, Stand November 2020). Die G9-Konzeption des Philologenverbandes soll im Landtagswahlkampf 2021 den bildungspolitischen Sprechern aller Parteien vorgestellt werden.

Grundsätzliche Überlegungen

- Entsprechend der kindlichen Belastungsfähigkeit wird eine sinnvolle Progression in der Anhebung der Wochenstundenzahl im Lauf der Schuljahre angestrebt.
- Kein Fach soll weniger Wochenstunden haben als in der bisherigen G8 Konzeption.
- Die Kernfächer sollen gestärkt werden und mit mehr Unterrichtsstunden ausgestattet werden. Dadurch können die Förderstunden entfallen ebenso wie für Eltern teure Nachhilfemaßnahmen. Mehr Lernzeit in den Hauptfächern ermöglicht auch bessere Ergebnisse bei Vergleichsarbeiten und Tests (zum Beispiel VERA etc.). Grundlage ist eine verbindlichere Grundschulempfehlung als heute.
- Künstliche Fachverbände wie BNT und WBS sollen aufgelöst werden, da im Fachunterricht die beste Wissensvermittlung möglich ist. WBS wird in den Gemeinschaftskundeunterricht integriert. Ferner sollen die Gesellschaftswissenschaften im Hinblick auf die globalen Herausforderungen (Klimawandel und Demokratiebildung) durch höhere Stundenzahlen gestärkt werden.

>> Bernd Saur, Claudia Grimm, Karin Fetzner, Wolfgang Buhmann, Andrea Pilz, Ralf Scholl, Stefanie Wölz und Rotraud Müller beim Bildungspolitischen Arbeitskreis am 18. Januar 2020
[nicht auf dem Bild: Monika Müller-Rettenberger]



>> Am Bildungspolitischen Arbeitskreis am 30. Juni 2020 nahmen Wolfgang Buhmann, Karin Fetzner, Cord Santelmann, Ulrike Schmidt, Andrea Pilz und Stefanie Wölz teil
[ausnahmsweise ohne Gruppenbild, um die Abstandsregeln zu wahren]

- Stärkung des sozialen Lernens und Klassenlehrerstunden (Klassen 5 - 9).

Gründe für neues G9 (Mehrwert-Gymnasium) – jetzt so wichtig wie noch nie!

1. Kindern mehr Zeit für Bildung schenken

Einerseits muss dies durch weniger Wochenstunden in der Orientierungsstufe geschehen, und andererseits braucht gute Bildung **Reifezeit**. **Mehr Zeit für Bildung bedeutet**

- Persönlichkeitsentwicklung
- musisch-kulturelle Bildung
- Sport und Ehrenamt
- Ausgleich von Lernzeitverlusten und mehr Übungszeit auch unter dem Aspekt der Corona-Pandemie

2. G8 – ein behebbarer Fehler

Es herrscht trotz aller Veränderungen an G8 **flächendeckende Unzufriedenheit**.

G8 ist gescheitert, ein Fehler, den alle westdeutschen Bundesländer außer Baden-Württemberg korrigiert haben. Es gab ohnehin keine pädagogischen Gründe für die Einführung von G8, sondern es ging nur um Sparmaßnahmen und einen möglichst frühen Berufseinstieg. Inzwischen gibt es viele Abiturienten, die erst siebzehn Jahre alt sind und

die nötige Studierfähigkeit und Reife vermissen lassen. Die Studienabbrucherquoten sind in vielen Fächern erschreckend hoch.

3. Mehr Bildungsqualität ist nicht zum Nulltarif zu haben

Der derzeitige G9-Schulversuch entspricht nicht dem **Mehrwert-Gymnasium des PhV-Vorschlags**. Mehr Qualität im Bildungsbereich erhält man nur durch mehr Lernzeit und finanzielle Ressourcen. Das sollten uns und dem Land Baden-Württemberg die Kinder und damit unsere Zukunft wert sein.

4. Mehr Bildungsgerechtigkeit für alle

G8 sorgt für Bildungsungerechtigkeit durch Abhängigkeit des Bildungserfolgs von den Unterstützungsmöglichkeiten durch das Elternhaus und dem verstärkten Bedarf an Nachhilfe. In G9 können durch mehr Übungszeit schwächeren und stärkeren Schülern bessere Lernmöglichkeiten geboten werden.

5. Die Zeit für eine Veränderung ist reif

Umfragen zeigen, dass sich ein Großteil der Eltern für G9 ausspricht. Schon die Anmeldezahlen an den derzeitigen Gymnasien mit 'G9-Schulversuchen' sprechen >>

für sich. Die meisten im Landtag vertretenen Parteien befürworten mittlerweile die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9.

Die Politik ist dringend aufgefordert, den Wählerwillen endlich umzusetzen.

Wir danken allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Klausurtagungen des Philologenverbandes – insbesondere Ursula Kampf und Karin Fetzner für die Vorarbeit im Rahmen der Klausurtagung des Landesvorstands am 6. Juli 2019 in Stuttgart-Vaihingen – sowie allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern am BAK für die intensiven Diskussionen und die Mitarbeit an der Konzeption des Verbands zu G9.

Andrea Pilz und Stefanie Wölz
Bildungspolitische Referentinnen des PhV

WEITERE INFORMATIONSMÖGLICHKEITEN

Online-Petition 'G9 jetzt! BW':

<https://www.openpetition.de/petition/online/g9-jetzt-baden-wuerttemberg>

Vorstand der Direktorenvereinigung Nordbaden: Die Unzufriedenheit hat mit G8 zu tun (BNN 11. Januar 2020): <https://bnn.de/karlsruhe/vorstand-der-direktoren-vereinigung-nordbaden-die-unzufriedenheit-hat-mit-g8-zu-tun>

In der Krise lebt G8-Debatte wieder auf (SZ 26. Juli 2020): <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.streit-ums-g8-gymnasium-in-baden-wuerttemberg-in-der-krise-lebt-g8-debatte-wieder-auf.aef65039-fd53-4b3f-83e6-4540430f0c9c.html?reduced=true>

Fach	Klasse							Kontingent
	5	6	7	8	9	10	11	
Hauptfächer								
Deutsch	5	5	4	4	4	3	3	28
Mathematik	5	5	4	4	3	4	3	28
1. FS (Englisch)	4	5	4	4	3	3	3	26
2. FS (Französisch/Latein)			4	4,5	4,5	4	3	20
Profilfach								
NwT/3. FS/IMP/...					4	4	4	12
Nebenfächer								
Religion/Ethik	2	2	2	1	1	1	2	11
Geschichte	0	0	2	2	2	2	2	10
Geographie	2	2	2	0	0	2	2	10
Gemeinschaftskunde/Wirtschaft				2	2	2	2	8
Wirtschaft/BSO ₁								
Naturwissenschaften								
BNT	0	0						0
Informatik				1				1
Physik			2	2	2	2	2	10
Chemie				1	2	2	2	7
Biologie	2	2	1	2	0	1	2	10
Musisch-künstlerische Fächer								
Bildende Kunst	2	2	2	0	2	1	1	10
Musik	2	2	2	2	0	1	1	10
Sport	4	4	2	2	2	2	2	18
Summe aller Fächer	28	29	31	31,5	31,5	34	34	219
Poolstunden								
Medienbildung	1	0	0					1
Klassenlehrerstunde	1	1	1	0,5	0,5			4
Gesamtstundenzahl	30	30	32	32	32	34	34	224

Treffen mit der CDU-Fraktion

Am 12. Oktober trafen sich Vertreter des Philologenverbandes Baden-Württemberg zum turnusmäßigen Gespräch mit der CDU-Fraktion zu einem konstruktiven und intensiven Austausch im Haus der Abgeordneten in Stuttgart. Das beherrschende Thema war die Situation an den Gymnasien seit Schuljahresbeginn, jedoch wurden auch viele andere interessante Inhalte angesprochen und vertieft. **E.G.**

Dominik Ohly (Parlamentarischer Berater), Karl-Wilhelm Röhm (Bildungspolitischer Sprecher und stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag), Jörg Sobora (HPR-Vorsitzender), Karin Fetzner (stellvertretende Vorsitzende PhV BW), Ralf Scholl (Vorsitzender PhV BW), Enver Groß (Schriftleiter Gymnasium Baden-Württemberg), Martina Scherer (Vorsitzende Junge Philologen)
Nicht abgebildet: Steffen Kottmann (Geschäftsführer PhV BW)



Neue Regionalvertreter

Bei einer Regionalversammlung, die am 19. Oktober 2020 im Ibis-Hotel Karlsruhe stattfand, wurden als neue Vertreter der Schulregion Karlsruhe gewählt:

Christian Schneck [Regionalvertreter] (rechts) unterrichtet am Gymnasium Karlsbad die Fächer Deutsch und Sport und ist dort Schulvertreter des PhV sowie Mitglied im ÖPR.

Alexander Arheidt [stellvertretender Regionalvertreter] (links)

unterrichtet am Walahfrid-Strabo-Gymnasium Rheinstetten Sport, Erdkunde, Deutsch und NwT. Er ist an seiner Schule Schulvertreter des PhV und Mitglied im ÖPR.

Helmut Hauser



Zu den Forderungen des Philologenverbandes Baden-Württemberg nach Wiedereinführung eines rollierenden Systems

Es ist ein erbärmliches Bild von uns Lehrern, das der Philologenverband seit einem halben Jahr in die Öffentlichkeit trägt. In Angst erstarrt, mutlos und vor allem: Nur um die eigene Unversehrtheit besorgt.

Dies kritisierte die ZEIT schon im Juni:

»Auch die ausgeprägte Eigensorge innerhalb der Pädagogenschaft irritiert manchen. Lehrgewerkschaften rechnen mit einem Corona-Risikokandidaten-Anteil von bis zu vierzig Prozent; auf so hohe Zahlen kommt keine andere Berufsgruppe.« (Die ZEIT Nr. 25 vom 10. Juni 2020, Seite 8).

Man könnte noch fortführen: Kein Krankenhaus und kein Supermarkt könnte sich solche Mitarbeiter leisten.

Zur Forderung nach dem rollierenden System stellte die FAZ kürzlich fest:

»Im Grunde wissen die Lehrerverbände ganz genau, dass ein Wechselmodell ebenso ungerecht ist wie die Verlegung des Unterrichts in den digitalen Raum. Kinder und Jugendliche aus bildungsaffinen Familien werden darunter nicht leiden, die anderen umso mehr. Es geht jetzt tatsächlich darum, Schüler davor zu bewahren, durch Corona auch noch ihre Bildungschancen zu verlieren. (...) Wenn es den Verbänden wirklich um die Schüler ginge, dann müssten sie jetzt (...) konstruktiv an der Aufrechterhaltung des Schulbetriebs arbeiten.« (zitiert in der Rhein-Neckar-Zeitung aus Heidelberg vom 12. November 2020 im Pressepiegel auf Seite 2).

»Wenn es den Verbänden wirklich um die Schüler ginge...« So wie der Philologenverband seit Monaten agiert, ist der Eindruck, der in der Öffentlichkeit entstehen muss, dass es den Verbänden nicht um die Schüler geht.

Die Position meines Berufsverbandes wird jedoch von keinem Kollegen

geteilt, mit dem ich darüber gesprochen habe. Vielleicht spreche ich mit den Falschen. Aber Fakt ist, an unserem Gymnasium fehlt kein einziger Kollege, weil er sich einem zu großen Risiko ausgesetzt fühlt. Wir sind nicht Lehrer geworden, um zuhause am PC zu sitzen, sondern weil wir Freude am Kontakt mit jungen Menschen haben und an deren Wohlergehen und Zukunft interessiert sind.

Für Schüler und Familien ist ein rollierendes System eine unzumutbare Situation, nicht nur organisatorisch betrachtet, etwa wenn beide Eltern berufstätig sind. Schüler beziehen ihre Motivation aus der *verlässlichen Beziehung* zu Lehrern und Mitschülern. Sie brauchen *verlässliche Tagesstrukturen* (von denen durch die aktuellen Verbote ohnehin schon genug zerstört wird). Und sie brauchen *Kontinuität* beim Sich-Aneignen und Vertiefen von Lernstoff. Das alles würde durch ein rollierendes System, das übrigens auch für uns Lehrer wieder eine deutliche Arbeitsmehrbelastung darstellen würde, ein weiteres Mal torpediert. Viele Schüler werden die Verluste, die die Schulschließung im Frühjahr mit sich gebracht hat, im ganzen Schuljahr nicht mehr aufholen. Sie schleppen eine Hypothek mit sich herum, die sich irgendwann rächen wird. Und das gilt nicht nur für Schüler aus bildungsfernen Schichten!

Ein Verband, der solches fordert, ist nicht mehr meine Standesvertretung. Er beansprucht in der Öffentlichkeit für 'die Lehrer' zu sprechen. Das aber ist eine Illusion, der auch die Politik nicht länger erliegen sollte.

Stefan Schöni, Mosbach

Anmerkung der Redaktion:
Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder.

dbb Vorsorgewelt JuPhi testen – Versicherungs- und Finanzberatung

Alle Vorteile aus der Mitgliedschaft im PhV nutzen: JuPhi testen, wie das geht.



Angebot. Andreas Glockner, den Berater für Vorsorgethemen, lernte ich über eine Informationsveranstaltung des dbb Vorsorgewerks kennen und vereinbarte einen Beratungstermin per Videokonferenz.

Ziele abstecken. Beim ersten Termin wurde darüber gesprochen, welche Themen für mich relevant sind: Hausrat-, Rechtsschutz- und Privathaftpflichtversicherung sowie eine sinnvolle, langfristige Geldanlage.

Angebote vergleichen. Im zweiten Videochat wurden mir passende Angebote, dutzende (!) Alternativen vorgestellt und per Mail zugesandt, sodass ich in den folgenden Tagen alles in Ruhe vergleichen und meine Entscheidung treffen konnte.

Angebote abschließen. Im letzten Schritt haben wir offene Fragen geklärt und die ausgewählten Angebote per Mail und digitaler Signatur abgeschlossen. Es dauerte keine Woche, bis die ersten Vertragsunterlagen per Post eintrafen.

Fazit. Die Beratung war sehr angenehm, kompetent und kostenlos. Dass die Angebote von vielen verschiedenen Versicherungen kamen und ausführlich begründet wurde, wie die jeweiligen Empfehlungen zustande kamen, ermöglichte ein großes Vertrauen. Im Falle der Hausratversicherung (die bereits zuvor bestand) ergab sich sogar eine Ersparnis von gut 15 Euro im Jahr, bei besserer Leistung. Da es keinen Druck gab, irgendetwas abzuschließen, ist eine unverbindliche Beratung auf jeden Fall zu empfehlen!

Bei Interesse kann sich jedes PhV-Mitglied selbst kostenlos von Andreas Glockner beraten lassen:

Mobil: 0151 / 41 84 08 00

Mail: andreas.glockner@swisslife-select.de

Wie fühlt es sich an, wenn man von der Quarantäne im Schulalltag eingeholt wird?

Teil 1 – aus der Sicht der Kolleginnen und Kollegen

An einigen Gymnasien im Land trat bereits der Fall ein, dass entweder eine Klasse, eine Stufe oder nur einzelne Personen in Quarantäne gehen mussten. Woche um Woche hört man von anderen Gymnasien, die es getroffen hat.

Ich habe von einer Schule in Pforzheim hier nun ein paar Erfahrungsberichte zusammengetragen. Betroffene Kolleginnen und Kollegen sowie Schülerinnen und Schüler haben sich zu ihren Situationen in der Quarantäne geäußert. Vielleicht findet man sich an der einen oder anderen Stelle auch selbst wieder. An dieser Schule gab es in den ersten drei Schulwochen bereits zwei Quarantäne-Szenarien: einmal 'nur' ein Kurs, danach aber leider mehr als die Hälfte der Kursstufe 2.

Aus Platzgründen drucken wir in dieser Ausgabe zwei Berichte von Lehrkräften ab. Die Sicht der Schülerinnen und Schüler erscheint in der nächsten Ausgabe.

Bericht eines Kollegen

1. Es fühlt sich surreal an, in Quarantäne geschickt zu werden.
2. Leider war es immer so, dass auch die Kinder heim geschickt wurden. Das bedeutet, ich hatte daheim die Doppelbelastung Lehre/Unterricht und Kinderversorgung. Das zehrt sehr an den Nerven und es saugt die Batterien sehr schnell leer.
3. Fernunterricht kann niemals Präsenzunterricht ersetzen. Die Zusammenarbeit mit den Schülerinnen und Schülern ist schwieriger, schwerfälliger, anstrengender. Die unteren Klassen empfinden Unterricht über Beamer als Spaß und nehmen ihn nicht richtig ernst. Ich weiß auch wirklich nicht, wie ich zum Beispiel mündliche Noten machen soll. Bisher habe ich die Schülerinnen und Schüler nur eine Woche gesehen.

4. Ich war in Quarantäne im Dauerstress. Man kann nie abschalten. Privates und Berufliches vermischen sich bis zur Unkenntlichkeit. Ich empfinde Videokonferenzen als viel anstrengender als vor einer Klasse zu stehen. Und ich schreibe hier als jemand, der eigentlich Technik-affin ist. Eine Stunde Videokonferenz ist eine Doppelstunde vor Ort, mindestens. Nach fünf Stunden Videokonferenz bin ich leer, taub, fertig, sowohl körperlich als auch psychisch. Es gibt keine Alternative zum Präsenzunterricht. Man kann das mal zwischendurch machen, aber es wäre ein absolutes Grauen, wenn das der Standard werden würde.

Bericht einer Kollegin

Beim ersten Mal fällt man aus dem Alltag so plötzlich raus, das zieht einem den Boden unter den Füßen weg – und gleichzeitig habe ich erlebt, wie routiniert schon in der Schule reagiert wurde – welche Schülerinnen und Schüler müssen jetzt gefunden werden, welche weiteren Kollegen, der direkte Kontakt, der mit dem Gesundheitsamt hergestellt wurde – das hat sich schon eingespielt und macht es ertragbar.

Dann die Hauptsorge: Wie war der eigene Kontakt zu dem infizierten Schüler, hat man in der Unterrichtssituation alles richtig gemacht, auch zum Schutz der Mitschüler? Dann die Gedanken: Ja, die Fenster waren offen, die Tür auch, man selbst hatte die Maske getragen in der Klasse, also beginnt man, die Wahrscheinlichkeit einer eigenen Infektion abzuschätzen und zu relativieren. Ein Restzweifel bleibt.

Also heißt es, den Kontakt zur eigenen Familie so gut es geht einzuschränken, bei vier Personen in einer Wohnung ist das nur mittelmäßig erfüllbar. Die Unsicherheit bleibt. Da das Gesundheitsamt keinen Kontakt herstellt (anderer Wohnort? Überlastung?),

muss also am fünften Tag ein aussagekräftiger Test selbst organisiert werden. Die Bandansage des Gesundheitsamts, die auf sich selbst verweist, lässt einen fast verzweifeln, aber es gibt zum Glück die Liste der 'Corona-Praxen' auf der Homepage und eine ist in der Nähe, die Tests durchführt, am gleichen Tag noch. Dort heißt es anzustehen mit fünfzig weiteren Kandidaten, das Testen ist aber perfekt organisiert. Es folgt weiteres Warten auf das Testergebnis und immer bleibt die Frage im Hinterkopf: Wie geht es mir, spüre ich Symptome?

Das negative Ergebnis am nächsten Tag erleichtert ungemein, obwohl es so erwartet wurde. Jetzt tritt der Fernlernstress in den Vordergrund, das Aufgaben geben, Videokonferenzen abhalten, sich im Unterricht zuschalten lassen von geduldigen Kollegen. Jetzt muss noch die Quarantäne 'abgesessen' werden, das Ordnungsamt kommt zweimal zur Kontrolle vorbei, dann ist es überstanden. Familiär sind nur Aktivitäten zuhause möglich, das schränkt sehr ein. Einkaufen, Kinder kutschieren, sogar spazieren gehen entfällt ja, das muss jetzt alles der Partner komplett übernehmen.

Und der schulische Berg wartet auch noch, die erste Runde Klassenarbeiten und Klausuren wurde verschoben, korrekturfreie Ferien, die weiteren erhöhten Stress nach sich ziehen werden.

Ein Hoch auf die endlich angeschafften FFP2-Masken, die die erste Phase das nächste Mal, das mit Sicherheit kommt, leichter machen werden.

Ich danke den Kolleginnen und Kollegen für die Bereitstellung ihrer Texte.

Es bleibt zu hoffen, dass wir alle gut über den 'Winter kommen', dass die getroffenen Maßnahmen greifen und uns das Alles gut durchstehen lassen.

Bleiben Sie alle gesund!

zusammengestellt und recherchiert von

Martina Scherer

Über den Tellerrand geblickt

Die Regierungsbezirksverbände im BBW



von Anne Kiehn

Dass der Philologenverband dem Beamtenbund (BBW) als Dachverband angehört, ist hinlänglich bekannt. Was im BBW alles passiert, kann regelmäßig in der Verbandszeitschrift nachgelesen werden, aber ganz realistisch betrachtet: Wer liest die Berichte im Einzelnen, wenn es um kleine Organisationseinheiten wie die Regierungsbezirksverbände geht, die unter Umständen auch noch außerhalb des eigenen Bezirks liegen?

Da zurzeit über den Fortbestand der Regierungsbezirksverbände aus Kostengründen diskutiert wird, möchte ich kurz die Arbeit im RBV Freiburg vorstellen.

Einen Posten im Regierungsbezirksverband bekommt man meistens eher zufällig, als dass es eine bewusste Entscheidung ist: Es wird jemand gesucht, der den Philologenverband im

Beamtenbund vertritt, d.h. der zu Sitzungen regional oder überregional geht. So ist es auch mir ergangen, und schon wurde ich bei einer Arbeitstagung als offizielle Beisitzerin im Regierungsbezirksverband Freiburg gewählt. Ich stellte fest, dass der RBV Freiburg ein sehr aktiver Verband ist: Über den Austausch hinaus, was in den einzelnen Mitgliedsverbänden gerade aktuell ist, wird, wie in der Satzung verankert, zum Beispiel regelmäßig der Kontakt zu Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der Kommunen gesucht, und im Personalratswahlkampf haben wir eine größere Informationsveranstaltung mit Kai Rosenberger, dem Vorsitzenden des BBW, organisiert. Ganz aktuell kämpfen wir für den Bahnhof Freiburg-Herdern in der Nähe des Behördenzentrums (1700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!), weil dort mit dem Fahrplanwechsel zahlreiche Halte gestrichen wurden, was die Nutzung des ÖPNV für Fahrten zum Arbeitsplatz deutlich unattraktiver macht. Außerdem stehen im nächsten Jahr in einigen Mitgliedsverbänden Personalratswahlen an, und weil fast gleichzeitig auch Landtagswahlen stattfinden, ist eine Podiumsdiskussion mit Politiker-

innen und Politikern der derzeit im Landtag vertretenen Parteien zum Thema 'Öffentlicher Dienst' geplant.

Ich empfinde die Arbeit im RBV als äußerst bereichernd, denn gerade wir Lehrerinnen und Lehrer bewegen uns häufig nur unter unserergleichen und vergessen dabei gern, dass es auch noch andere Mitarbeitende im öffentlichen Dienst gibt, insbesondere Tarifangestellte, die mit ganz anderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Um einen Einblick in die Arbeitswelt der Kolleginnen und Kollegen aus anderen Berufen zu werfen, fanden vor Corona unsere Treffen jeweils an einer anderen Dienststelle statt. So waren wir bereits im Grundbuchamt oder bei der Polizei, wo wir bei einem kleinen Rundgang nach der Sitzung die Ausnüchterungszelle besichtigen und die Terror-Schutzkleidung in die Hand nehmen durften.

Wenn es nun um die Frage des Fortbestandes der Regierungsbezirksverbände geht, kann ich mich nur dafür aussprechen. Ein inaktiver RBV verursacht kaum bis keine Kosten, ein aktiver Regierungsbezirksverband kostet zwar, leistet aber dafür auch wichtige Arbeit an der Basis, für die sonst niemand zuständig wäre.

Gymnasium Baden-Württemberg 11-12/2020 **23**

Weitere Hinweise zur Beitrittserklärung (s. Umschlagseite 4)

Hinweise zum Datenschutz: Zur Verarbeitung der persönlichen Bankdaten im Rahmen des SEPA-Einzugsverfahrens gebe ich entsprechend Art. 6 Abs. 1 a DSGVO die Einwilligung durch meine Unterschrift. Alle anderen vorstehend angegebenen personenbezogenen Daten werden vom PhV für die Verwaltung der Mitgliedschaft auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 b DSGVO erhoben. Darüber hinaus können die Daten Name, Vorname, Fachkombination, Adresse, Telefon und E-Mail für die Suche und Kommunikation der PhV-Mitglieder untereinander (im passwortgeschützten Mitgliederbereich intern.phv-bw.de) verwendet werden.

Anmerkung: Auf der internen Webseite können Sie unter 'Mein Konto' Ihre Daten verwalten und die suchbaren Einträge einschränken. Für jede weitergehende Nutzung Ihrer Daten und die Erhebung zusätzlicher Informationen bedarf es Ihrer Einwilligung.

Datenschutzregelung zum Newslettersend: Im Rahmen unseres Newsletters verarbeiten wir als Daten lediglich die vom Abonnenten angegebene E-Mail-Adresse. Diese wird in diesem Zusammenhang nicht mit weiteren personenbezogenen Daten (Name o. Ä.) verbunden, nur für den Newslettersend verwendet und nicht an Dritte weitergegeben. Rechtsgrundlage des Newslettersend ist Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a DSGVO (Datenschutzgrundverordnung). Die Mailadresse wird nur für die Dauer des Newsletterbezugs gespeichert und bei Beendigung des Abos gelöscht. Das Newsletterabo kann jederzeit widerrufen werden: Jede Newsletter-Mail enthält einen Link, mit dem Sie mit einem schnellen Klick einzelne Newsletter bestellen oder abbestellen können, sowie einen Link zum einfachen Abbestellen sämtlicher Newsletter.

Auszug aus den ab 1. Januar 2020 geltenden Beiträgen (Beiträge pro Monat)

Staffelbeiträge*	unter A 13/E 14	18,95 Euro	A 13/E 14	19,45 Euro
* Teilzeit wird entsprechend berücksichtigt	A 14/E 15	20,75 Euro	A 15/E 15Ü	22,55 Euro
	A 16 und darüber	24,35 Euro		
Feste Beitragssätze	Studenten	1,95 Euro	Referendare	3,89 Euro
			Pensionäre	7,78 Euro



Beitrittserklärung

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Philologenverband Baden-Württemberg ab

Name, Vorname

Straße Hausnummer, PLZ Ort

Geb.-Datum

Telefon

E-Mail

Ich wünsche den PhV-Newletter (kostenlos)

Status (bitte genaue Angaben):

Beamte/r, Amtsbezeichnung A Arbeitnehmer/in, Entgeltgruppe E Studienreferendar/in Student/in

Dienststellung (StR, ...)

Fächerkombination

Deputat in Wochenstunden

Schulname, Schulort

SEPA-Lastschriftmandat

Philologenverband Baden-Württemberg | Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE73ZZZ00000261913 | Mandatsreferenz: Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt

Hiermit ermächtige ich den Philologenverband Baden-Württemberg, fällige Forderungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Philologenverband Baden-Württemberg auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von sechs Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kreditinstitut

IBAN

D E

BIC

Ich weiß, dass ich mit meiner Unterschrift die Satzung des Philologenverbands anerkenne. Ein Exemplar der jeweils gültigen Satzung geht mir auf Wunsch zu. Ich bestätige weiterhin, davon unterrichtet zu sein, dass nach § 7 (2) der Satzung ein Austritt nur zum Ende eines Quartals mit sechswöchiger Kündigungsfrist möglich ist.

Ort, Datum

Unterschrift

Unter <https://phv-bw.de> finden Sie alle Informationen zum **Datenschutz** unter -> **Datenschutz**. Alle Infos zur **Mitgliedschaft** finden Sie unter -> **Mitgliedschaft**. Hier können Sie auch die **Beitrittserklärung als ausfüllbares PDF-Formular** herunterladen.